Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 24. Donnerstag, den 29. Januar 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zum Kampf gegen die Säbelherrschaft.

Es ist nicht eine Zufallserscheinung, daß das Säbelregiment in Deutschland jetzt ungenierter als je zuvor seit der Gründung des Reichs seine Macht betätigt. Es liegt vielmehr in der Natur der Dinge selbst, daß die wirklichen Machtverhältnisse in einem Staatswesen sich durchsetzen allen äußerlichen Verschleierungen zum Trotz. Ein jedes absolutistisches oder scheinkonstitutionelles Regiment findet seine Hauptstütze in der bewaffneten Macht. Im Heere, nicht in monarchischen Traditionen, oder sonstigen ideologischen Momenten liegt seine Herrschaft begründet. So lange ihm nicht aus dem Volke heraus eine stärkere Macht entgegentritt, kann es damit alles machen, sei es, daß die kämpfenden Klassen sich die Wage halten und die eine ihren Vorteil in der Aufrechterhaltung des Militärabsolutismus sucht, sei es, daß der öffentliche Geist in allen Volksklassen bis zur untertänigsten Knechtschaffenheit zerrüttet ist.

Die Abhängigkeit der formellen Macht des Staatsoberhauptes von der wirklichen Gewalt des Säbels läßt sich auf die Dauer nicht verschleiern. Die wirkliche Macht muß sich durchsetzen, bis es für jedermann erkennbar wird, daß die beamteten Machthaber, welchen Titel sie auch führen mögen, nur die ausführenden Organe der Militärkamarilla sind. Ein klassisches Beispiel für den Entwicklungsprozeß des Militärs vom Werkzeug des Staatsoberhauptes bis zum Herrn auf Leben und Tod über das Staatsoberhaupt bietet die römische Geschichte zu Anbeginn der Kaiserzeit. Aus den zerrütteten Kämpfen der Bürgerkriege ging Julius Cäsar als Sieger hervor und etablierte über dem durch die Sklavenausbeutung völlig zerrütteten römischen Bürgertum die Militärmonarchie. Sein Name (zur römischen Zeit „Kaisar“ ausgesprochen) gab dem Staatsoberhaupt den Titel, der nachahmend übergegangen ist die Jahrtausende hindurch auf die Häupter anderer Militärmonarchien, auch der deutschen. Nur wenige Jahrzehnte dauerte es nach Cäsars Tod, und die Herrschaft ging in Wirklichkeit über an die Soldaten selbst, insbesondere an die Gardetruppen, die Prätorianer, die zu Zeiten des Tiberius in der Nähe der Hauptstadt zusammengezogen waren und nach Ermordung des Tiberius mit der Ernennung des eben so spielerisch wie verbrecherisch veranlagten Caligula („Soldatenstiefelchen“), die Aera der Soldatenpuppen auf dem Thron eröffneten.

Immer wieder im Laufe der Geschichte hat sich ähnliches abgespielt, sobald die Zerrüttung des Volksgeistes dem Absolutismus und in seiner Gefolgschaft dem Prätorianertum die Machtergreifung ermöglichte. Natürlich wiederholen sich solche Erscheinungen nicht in schematischer Gleichförmigkeit. Wir haben heute andere Zeiten und andere Sitten als vor 1900 Jahren im alten Römerreich. Bei allen geschichtlichen Vergleichen liegt Beweismittel und Beweiskraft nur im Kern der Sache. Aber die charakteristischen Erscheinungen der Säbelherrschaft kehren wieder die Jahrunderte hindurch in den germanischen Militärmonarchien des Mittelalters, in der Zarenwirtschaft wie in der Aera der Napoleoniden; ein zwar abgeschwächter, im Kern aber unverfälschter Prätorianergeist zeigt auch jetzt in dem kapitalistischen Deutschland seine widerliche Fratze.

Das Prätorianertum kann aber nur deshalb seine Orgien feiern, weil die kapitalistischen Klassen, die jetzt noch die wirtschaftliche Macht in Händen haben, aus Angst vor dem Tag für Tag an Kraft und Selbstbewußtsein erstarkenden Proletariat, anstatt die Staatsgeschäfte in die eigene Hand zu nehmen, sich würdelos dem Schutz und der Herrschaft der Militärkamarilla überliefern. Hunderte von Philisterstammtischen haben durch ihre Glückwunschdepeschen an den Oberst v. Reutter wegen seiner Freisprechung den Beweis für den kläglichen Knechtssinn weiter Kreise des deutschen Bürgertums gegenüber der Säbelherrschaft erbracht. Daß das mit der Militärkamarilla eng versippte Junkertum in deren dauernder Vorherrschaft den sichern Hort für seine Ausbeuteinteressen erblickt, liegt in der Natur der Sache.

Aber auch die Verwaltungsorgane im Deutschen Reich sind in hohem Maße von militaristischen Anschauungen durchseucht. Weniger zwar im deutschen Süden und in einigen andern Mittel- und Kleinstaaten, fast durchweg aber im Königreich Preußen. Auch das ist kein Zufall, daß allerhand preußische Beamte, allen voran Traugott v. Jagow, der Polizeipräsident von Berlin, sich zu Wortführern militaristischer Ansprüche aufgeworfen haben. Das höhere preußische Beamtentum fühlt sich eins mit den leitenden Offizieren. Nach Auffassung der meisten dieser Herren ist die Zivilverwaltung der bürgerliche Arm des herrlichen Kriegsheers zur Niederhaltung der Kanaille. Das tritt auch in allerhand Außendingen in Erscheinung. Wer Minister werden will, muß, sofern er überhaupt militärpflichtig gewesen war, irgend einen Offiziersrang bekleiden. Das geht so weit, daß vor Jahren ein Herr, der zum preußischen Finanzminister avancierte, schleunigst das Leutnantspatent angeheftet bekam, weil er sonst nicht unter den übrigen ministeriellen Reserveoffizieren als gleichberechtigt hätte angesehen werden können. Der gegenwärtige Reichskanzler und Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg, hat es sogar fertig gebracht, bei einer Landtagseröffnung in Majorsuniform zu paradieren, wohl weil Bismarck durch seine Kürassieruniform dieses für einen Zivilbeamten nicht gerade geschmackvolle Beispiel gegeben hatte.

Es liegt deshalb auch ganz im Geiste der Unterordnung der Beamtenschaft unter das Militär, daß gerade Herr v. Bethmann-Hollweg feierlich den Grundsatz proklamierte: Des Königsrock muß unter allen Umständen respektiert werden.

Der Reserveoffiziersgeist erfüllt aber nicht nur das höhere Beamtentum, in ganz raffinierter Weise wird er hineinfiltriert auch in alle andere bürgerliche Berufszweige. Die Militärkamarilla tritt mit dem Anspruch auf, daß ein jedes Mitglied des Offizierskorps sich im gesellschaftlichen und politischen Leben allen militaristischen Vorurteilen anzubequemen hat. Daß bei einem Reserveoffizier sozialdemokratische Gesinnung nicht geduldet werden darf, gilt als selbstverständlich auch in bürgerlichen Kreisen; aber schon die Betätigung oppositioneller Anschauungen überhaupt, macht einen Offizier in den Augen seiner Vorgesetzten und Kameraden nicht nur, sondern auch in Beamtenkreisen zu einem verdächtigen Subjekt. Fortgesetzt werden terroristische Mittel angewendet, um solch räudige Schafe wieder in den Pferch staatserhaltender Gesinnug hineinzuzwängen, oder aus der militaristischen Herde auszustoßen. Wir haben erst jetzt wieder an dem Fall des Amtsrichters Knittel gesehen, wie der Militarismus mit solchen Leuten umspringt. Für das deutsche Bürgertum ist es tief beschämend, daß seine Vertreter, die als Reserveoffiziere angeblich gegen den Stachel des Militarismus zu lecken gewagt haben, sich fast niemals trauen, den terroristischen Maßregelungen ernstlichen Widerstand zu leisten. Kläglich über alle Maßen ist es aber, wenn selbst Volksvertreter, die wegen irgend welcher parlamentarischer Aeußerungen als Reserveoffiziere von den Militärbehörden zur Rechenschaft gezogen werden, nicht den Kampf gegen solche Anmaßungen aufnehmen.

So hat erst jüngst die Militärverwaltung den Rechtsanwalt Burger in Straßburg zur Rede zu stellen versucht, weil er über die Zaberner Angelegenheit einige seiner militärischen Vorgesetzten mißliebige Aeußerungen im elsassischen Landtag gemacht hat. Anstatt nun den Leuten zu erwidern, daß sie das gar nichts angehe, da auf Grund der Verfassung ein Abgeordneter wegen der Betätigung seiner parlamentarischen Pflichten nicht zur Rechenschaft gezogen werden darf, hat dieser liberale Herr es vorgezogen, durch Verzicht auf seine Stellung als Reserveoffizier einem Konflikt aus dem Wege zu gehen. (Ueber diese Auffassung des Artikelschreibers kann man verschiedener Meinung sein. Red. des „L. V.“) Weit schlimmer ist es allerdings noch, daß der gegenwärtige erste Vizepräsident des Reichstags, Professor Paasche, in einem ähnlichen Falle sich sogar zu einer demütigen Entschuldigung hat drängen lassen. Wenn so was an einer nationalliberalen Mannesseele geschieht, da kann man sich nicht weiter wundern, daß der gewöhnliche bürgerliche Reserveoffizier wie Wachs ist in den Händen der Handlanger der Militärkamarilla.

So sehen wir, daß das Säbelregiment seine Saugfäden hineingetrieben hat in den ganzen Körper der bürgerlichen Gesellschaft. Ein raffiniertes System der Vergewaltigung und Begünstigung gibt einer verhältnismäßigen kleinen Clique, der eigentlichen Militärkamarilla, die wesentlichsten staatlichen Machtmittel in die Hände. Die zuverlässigste Stütze findet sie in den großen Ausbeutern in Stadt und Land, deren eigene Macht des Schutzes der Bajonette bedarf. Von den bürgerlichen Parteien haben diese Interessen-Koterien keine Untergrabung ihrer Herrschaft zu befürchten. Das hat jetzt erst wieder der Ausgang der jüngsten Reichstagsverhandlungen gezeigt. Die Hoffnung des deutschen Volkes auf Abschüttlung des militaristischen Alps beruht auf der Erstarkung des klassenbewußten Proletariats. Mit jedweder Ausrüstung und Unterdrückung fällt auch endgültig das Säbelregiment.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

hat gestern die Generaldebatte des Etats des Innern wieder aufgenommen, nachdem sie durch die Zaberner Debatten der letzten Tage voriger Woche unterbrochen war. Die Auseinandersetzung, die — wie man sich erinnert — nach ihrem Inhalt nicht in sozialpolitische und wirtschaftspolitische geschieden worden sind, beziehen sich in der Hauptsache noch immer auf das Koalitionsrecht und auf die Mittelstandspolitik. Die Betrachtungen über die deutsche Wirtschaftspolitik haben gestern eine geringere Rolle gespielt.

Vom Zentrum sprach bei der Wiederaufnahme der Debatte Herr Giesberts, der den besonderen Auftrag hatte, den Standpunkt, und die Interessen der christlichen Gewerkschaften zu vertreten. Nachdem neulich Herr Dr. Mayer-Kaufbeuren die reaktionäre Politik seiner Partei in den Fragen des allgemeinen deutschen Wirtschaftslebens verteidigt hatte, konnte jetzt Herr Giesberts auch einiges für die Arbeiter sagen, die das Zentrum noch immer in seinen christlichen Gewerkschaften vereinigt, und die es sich naturgemäß zu erhalten bestrebt ist. Abgesehen von einer beiläufigen Verneigung vor der agrarischen Handelspolitik der Regierung hat der Zentrumsredner sich auch darauf beschränkt, Forderungen der Arbeiterschaft zu erheben. Er wandte sich gegen den Versuch, die Sozialpolitik als endgültig abgeschlossen erscheinen zu lassen und zählte eine Reihe von Problemen auf, die ihre Lösung bisher noch nicht erhalten haben. Er erkundigte sich insbesondere nach der Antwort der Regierung in der Frage der Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre und erhielt übrigens darauf die Antwort, daß dem Reichstag Ende des Jahres eine Denkschrift hierüber zugehen werde. Man braucht kaum hervorzuheben, wie kennzeichnend dieser Bescheid einer Regierung ist in einer Frage, deren Wichtigkeit und deren Unaufschiebbarkeit von niemandem ernstlich bestritten werden kann. Wie oft ist nicht von sozialdemokratischer Seite auf den Widerspruch hingewiesen worden zwischen diesem Zögern und der leichtfertigen Bereitwilligkeit, viele Hunderte von Millionen für Rüstungen zu vergeuden!

Der Zentrumsredner lehnte auch die scharfmacherischen Anregungen auf Einschränkung des Koalitionsrechts ab und er stellte dem Gerede vom Terrorismus der Arbeiter sehr wirksame Beispiele von Unternehmerterrorismus gegenüber. Ebenso entschieden gab er Herrn Arendt einen Korb, der die christlichen Gewerkschaften zu einem Zusammengehen mit den Gelben eingeladen hatte, für die Herr Giesberts sehr scharfe Worte fand.

Die Rede des christlichen Gewerkschaftsführers ist wieder einmal kennzeichnend für die doppelte Taktik der Zentrumspartei, je nach Bedürfnis gegen und für die Interessen der organisierten Arbeiterschaft zu reden. Die Praxis des Zentrums in allen Fragen der Wirtschafts- und Zollpolitik hebt leider die Bedeutung solcher Worte, wie sie Herr Giesberts heute sprach, völlig auf.

Außer dem nationalliberalen Herrn Dr. Böttger, der vorgab, daß seine Freunde eine Einschränkung des Koalitionsrechts nicht wollen, unterhielten sich die Redner im übrigen vornehmlich über die Mittel, als die Reverseite der glänzenden Medaille, die die allgemeine Wirtschaftsentwicklung darstellte, aber alle Maßnahmen, die er ankündigte, sind im wesentlichen nur Ermittlungen der Verhältnisse der Kleinbetriebe. Der Fortschrittler Bartschat sprach gleichfalls über Fragen des Handwerks. Er warf der Regierung und namentlich der Rechten vor, daß ihrem ganzen Reden von Mittelstandsrettung keine Taten entsprechen. Von der Anwerbung polnischer Landarbeiter zeichnete der Pole Kurzawski noch ein trostloses Bild. — Die weitere Erörterung wurde auf Donnerstag vertagt.

Demonstration Wilhelms II. gegen den Reichstag.

Zum Geburtstag des Kaisers erschien auch das Präsidium des Deutschen Reichstages im Schloß, um dem Kaiser die Glückwünsche des Parlaments zu überbringen. Dieser Vorgang spielte sich bisher stets so ab, daß der Präsident und die beiden Vizepräsidenten vortraten: der Präsident sprach dem Kaiser die Glückwünsche des Reichstages aus, der Kaiser reichte dann den Herren die Hand und beauftragte sie, dem Reichstage seinen Dank zu überbringen. Als diesmal das Reichstagspräsidium vor den Kaiser trat, hörte er völlig gleichgültig den Glückwunsch des Präsidenten Kämpf an, erwiderte kein Wort, beauftragte die Herren auch nicht, dem Reichstage seinen Dank auszusprechen und reichte ihnen auch nicht, wie sonst üblich, die Hand, sondern ließ sie einfach gehen. Desto leutseliger unterhielt sich Wilhelm II. mit den unmittelbar darauffolgenden Präsidien des preußischen Herrenhauses und des preußischen Landtages. Er begrüßte diese echtpreußischen Leute mit kräftigem Händedruck, scherzte mit ihnen, dankte ihnen für die Gratulation und gab ihnen den Auftrag, diesen Dank den beiden Häusern des Landtages zu übermitteln. — Der ganze Vorgang e[illegible]te bei

der Defilierkour selbstverständlich das größte Aufsehen, und allgemein hatte man die Ueberzeugung, daß diese Behandlung des Reichstags-Präsidiums nicht nur diesem, sondern dem ganzen Reichstag galt und gewissermaßen die Antwort sein sollte auf das Verhalten des Reichstages in der Zabern-Affäre anläßlich der Verhandlungen vom 3. und 4. Dezember 1913. Der Präsident des Reichstages, Dr. Kämpf, konnte daher auch in der Sitzung vom Mittwoch dem Reichstage nur mitteilen, daß er dem Kaiser die Glückwünsche des Parlaments übermittelt habe, während er sonst hinzufügen konnte, daß ihm der Kaiser beauftragt habe, dem Parlament seinen Dank auszusprechen. — Wie wir noch erfahren, hat das Präsidium des Reichstags nach dieser Behandlung die Einladung zum Diner zurückgehen lassen.

Im Reichstage wurde dieses Vorkommnis ziemlich lebhaft besprochen und auch hier teilte man die Auffassung, daß Wilhelm II. mit seinem Verhalten dem Reichstage seine Abneigung zu erkennen geben wollte.

Noch eine Abrechnung mit den Junkern im preußischen Abgeordnetenhause.

Eine unangenehme Viertelstunde bereitete am Mittwoch der Genosse Hofer den Junkern im preußischen Abgeordnetenhause. Als genauer Kenner der ländlichen Verhältnisse entrollte er auf Grund eigener Anschauungen ein Bild von der traurigen Lage der Landarbeiter und wies nach, daß die Großgrundbesitzer die Landflucht, über die sie heute so sehr klagen, selbst verschuldet haben, indem sie nichts zur Besserung der Lage ihrer Arbeiter getan haben. Den Junkern fiel die Rede unseres Genossen sehr auf die Nerven; ihr Wortführer, der Abg. von der Osten, konnte sachlich nichts darauf erwidern, er begnügte sich damit, die Ausführungen unseres Genossen als krauses Gewirre zu bezeichnen. Im übrigen polemisierte er gegen die Sozialdemokratie mit allerhand angeblichen Zitaten hervorragender Führer. Unserem Genossen Hirsch war es ein leichtes, durch Belege den Nachweis dafür zu erbringen, daß es sich wieder einmal um gefälschte Zitate handele. Der Rest der Debatte verlor sich in Einzelheiten. — Nach Erledigung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung begann die Beratung des Gestüt-Etats, die am Donnerstag fortgesetzt wird.

Das Schicksal der Zaberner Garnison.

Das 99. Infanterie-Regiment in Zabern ist bekanntlich nach einem Truppenübungsplatz verlegt worden und befindet sich zurzeit noch immer dort. Die Militärverwaltung trifft anscheinend gar keine Vorkehrungen, um das Regiment aus seinem höchst ungemütlichen Unterkommen zu befreien. Das Zentrum hat nun durch den Abgeordneten Sittart im Reichstage eine Anfrage einbringen lassen, in der ausgeführt wird:

„Infolge der Vorgänge in Zabern ist das 99. Infanterie-Regiment aus seiner Garnison in die Baracken von Hagenau-Bietich verlegt worden. Diese Verlegung des ganzen Regiments und insbesondere die Fortdauer der Verlegung wird, zumal sie in einen so harten Winter fällt, als eine schwere Bestrafung empfunden und zwar nicht nur von den Beteiligten, sondern von dem Volke und in erster Reihe von den Angehörigen derjenigen Offiziere und Mannschaften des 99. Infanterie-Regiments, welche keinen Anlaß zu der Verlegung des Regiments gegeben haben. Ich richte an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob und wie lange die bitter empfundene Bestrafung des ganzen Regiments ausgedehnt werden soll bezw. wann das Regiment wieder seiner früheren oder einer anderen Garnison überwiesen werden wird?" Diese Anfrage wird im Reichstage am Freitag zur Beantwortung stehen, und man nimmt an, daß der Kriegsminister wieder einmal die Kommandogewalt des Kaisers vorschieben wird. Es ist ja in neuester Zeit Mode geworden, alle Dinge, die der Militärverwaltung unbequem sind, hinter die Kulisse der Kommandogewalt des Kaisers zu schieben. Wenn die Militärverwaltung darauf bestehen sollte, daß das Regiment auch weiterhin auf dem Truppenübungsplatz verbleibt, dann wird es bei der Beratung des Militäretats in der Budgetkommission dieserhalb zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Kriegsminister kommen; denn die Verlegung des Regiments ist in der Tat als eine Bestrafung der völlig unbeteiligten Soldaten anzusehen.

Die Konsequenzen.

In der gestrigen Kommissionssitzung des elsässischen Landtages gab auf eine Anfrage des Abg. Hauß Staatssekretär Baron Zorn v. Bulach die Erklärung ab, die gesamte Regierung von Elsaß-Lothringen habe ihre Konsequenzen aus den Zaberner Vorfällen gezogen.

Deutschlands Handelsvertragspolitik.

Staatssekretär Dr. Delbrück hat im Reichstag erklärt, daß die Regierung nicht die Absicht habe, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif zugehen zu lassen. Man werde vielmehr am jetzigen Tarif festhalten und deshalb auch nicht zu einer Kündigung der bestehenden Handelsverträge schreiten. Zu dieser Erklärung wird nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" an maßgebender Stelle darauf hingewiesen, daß die Annahme, die Handelsverträge würden in diesem Falle mit einjähriger Kündigungsfrist weiterlaufen, selbstverständlich irrig ist. Das Deutsche Reich wird sich vielmehr nur wieder auf eine langfristige Festlegung handelsvertraglicher Bedingungen einlassen.

Wer ist Lindenberg?

Die „Kreuzzeitung" hat bekanntlich in ihrer Sonntagsnummer ein Pendant zur Rechtfertigung der Zaberner Offiziere durch den Dr. jur. v. Jagow gebracht; in einem Artikel wird die Frage der zivilrechtlichen Haftbarkeit der Zaberner Offiziere behandelt und natürlich verneint. Und dieser Artikel ist mit Lindenberg unterzeichnet. Der Senatspräsident des Berliner Kammergerichts, Dr. Lindenberg, den der „Vorwärts" dahinter vermutete, berichtigte diese Angabe unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes. Die „Kreuzzeitung" aber schrieb mehr dumm wie pfiffig, sie wisse nicht, wer der Lindenberg sei, sie könne nur sagen, daß ihr der Artikel von außerhalb Berlins zugegangen sei. Jetzt läßt der Oberlandesgerichtspräsident Lindenberg in Posen, ein Bruder des Berliner Senatspräsidenten Lindenberg, durch das Wolffsche Bureau erklären, daß auch er nicht der Verfasser jenes Artikels sei, der nach der „Kreuzzeitung" von einem hohen preußischen Justizbeamten ausgehen sollte. Allem Anscheine nach ist das konservative Blatt in seiner Sucht, die Zaberner Offiziere unter allen Umständen herauszuhauen, einem Spaßmacher aufgesessen, der seine Pappenheimer kannte und wußte, daß die „Kreuzzeitung" unbesehen aufnehmen würde, was anscheinend in ihren Streifen paßt, ganz gleichgültig, wer der Verfasser auch sein möge.

Die sogenannte Selbstverwaltung in den Gemeinden.

In der Gemeinde Eichlinghofen bei Dortmund haben unsere Genossen seit Jahren die Mehrheit in der Gemeindevertretung. Sie sind stets auf das Wohl der Gemeinde bedacht und haben auch schon manches erreicht. Sobald es sich aber um Beschlüsse handelt, die nach der Landgemeindeordnung der Bestätigung des Landrates oder der Regierung bedürfen, sind sie für die Katz gefaßt. Die Gemeinde Eichlinghofen bildet mit Barop einen gemeinsamen Schulverband. Die Eichlinghofer Gemeindevertretung faßte am 23. Dezember den Beschluß, in den Schulvorstand des Gesamtschulverbandes sowohl wie in die evangelische Schulkommission je zwei Genossen zu entsenden. Die Genossen sind ältere Familienväter, deren Rat sicherlich sehr dienlich gewesen wäre. Der Amtmann teilt aber mit, daß kein einziger der gewählten Genossen von der Regierung bestätigt worden ist. Aber auch andere Beschlüsse, gegen die der Sozialistenkoller nicht ins Feld geführt werden kann, sind annulliert worden. Die Gemeindevertretung faßte den Beschluß, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert einzuführen. Dieser Beschluß ist gesetzlich begründet, die Steuer gerecht, und unzählige Gemeinden und Städte haben sie eingeführt. Die zur Durchführung notwendige Bestätigung wurde versagt. Die Verwaltung der Lustbarkeitssteuer geschieht vom Amtsverband. Die Gemeindevertretung beschloß die zweckmäßigere Selbstverwaltung. Die Bestätigung wurde versagt. Die Gemeindevertretung beschloß die steuerliche Freilassung der Einkommen unter 600 Mark. Wiederum wurde die Bestätigung versagt. Die Gemeindevertretung beschloß die Uebernahme des Armenwesens auf die Gemeinde. Die Bestätigung wurde versagt. Das ist die herrliche preußische Selbstverwaltung! Das ist die Achtung der Regierung vor dem Willen der vom Volke Gewählten! In den Beschlüssen liegt nichts Staatsstürzendes, sie alle sind auf das Wohl der Gemeinde gerichtet. Aber die Regierung versagt anscheinend jedem Beschluß, der von Sozialdemokraten ausgeht, ihre Zustimmung. Nachher haben es die bürgerlichen Geschäftemacher und Interessenpolitiker leicht, auf solche Gemeinden zu verweisen: Was hat die sozialdemokratische Mehrheit geleistet? Umsomehr ist es notwendig, dieses störende Eingreifen der Regierung aufs schärfste zurückzuweisen.

Abgewiesenes Liebeswerben.

Der Präsident des preußischen Dreiklassenhauses, Graf Schwerin-Löwitz hat auf dem pommerschen Parteitag der Konservativen zum Sammeln geblasen und ganz besonders den Nationalliberalen geraten, diesen Ruf nicht ungehört verhallen zu lassen. Die Antwort darauf erteilt nun die partei-offiziöse „Nationalliberale Korrespondenz", die ausführt:

„Eine Sammlung auf der Linie konservativer Politik von heute gehört ins Reich der Träume. Wenn das trotzdem die Meinung des Grafen von Schwerin gewesen sein sollte, dann müßten wir dankend ablehnen, selbst auf die Gefahr hin, bei den Konservativen als „wirklich königstreu" nicht mehr zu gelten. Das würde uns nicht das erste Mal passieren, und wir werden es voraussichtlich auch dieses Mal noch überstehen. Daß es aber den Konservativen irgend etwas nützen würde, glauben wir nicht."

Das klingt noch ziemlich mannhaft, aber keine Partei ist weniger berechenbar, als die nationalliberale, denen der Umfall längst zum Prinzip geworden ist.

Amerika.

Die Unruhen in Haiti. Der deutsche Kreuzer „Vineta" hat aus Anlaß der Unruhen 80 Mann mit zwei Maschinengewehren zum Schutz der deutschen Interessen gelandet. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben jetzt sogar ein Linienschiff nach Port au Prince gesandt. Aus Washington wird hierüber telegraphiert: Das Linienschiff „South Carolina" erhielt Befehl, Guantanamo auf Kuba zu verlassen und mit Volldampf auf Port au Prince zu gehen, um das Leben und das Eigentum der Ausländer zu schützen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 29. Januar.

Der Ausschuß der allgemeinen Ortskrankenkasse für den Freistaat Lübeck trat gestern abend im „Bürgerverein" erstmalig zu einer Sitzung zusammen. Erschienen waren 21 Vertreter der Arbeitgeber und 58 Vertreter der Versicherten. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Vertreter der Versicherten, Redakteur Paul Löwigt, zu dessen Stellvertreter der Arbeitgeber-Vertreter, Herr Kaufmann Alwert, gewählt. Hierauf erstattete der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes, Körner, eingehend Bericht über die Verhandlungen, die zwischen dem Vorstand der Ortskrankenkasse und den Vertretern der Aerzte stattgefunden haben. Es sei leider nicht gelungen, einen für die Kasse günstigen Vertrag abzuschließen, da die Aerzte, gestützt auf ihre straffe Organisation, von ihren hohen Forderungen nicht abgehen wollten. Die letzten Verhandlungen, an denen auch Senator Dr. Neumann mitwirkte, brachten eine Einigung auf folgender Grundlage: Es wird ein Vertrag für die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen. Das Pauschale (bisher 8 Mk.) beträgt für 1914 10 Mk. pro Mitglied, für 1915 11 Mk. und für die nächsten drei Jahre 12 Mk. Die Mehrausgaben, welche der Kasse hieraus erwachsen, sind sehr erheblich; sie betragen für das erste Jahr schätzungsweise 70 000 Mk. Es wird notwendig werden, wenn auch noch nicht für 1914, die Beiträge zu erhöhen. Der Vorstand empfahl diese Abmachungen dem Ausschuß zur Annahme. In der sich an den Bericht anschließenden lebhaften Aussprache wurde mit allem Nachdruck betont, daß die Forderungen der Aerzte und der vorgeschlagene Vertrag die Kasse außerordentlich belasten und schwere Bedenken wecken. Von einem Arbeitgebervertreter wurde gewünscht, den Vertrag für eine kürzere Frist als fünf Jahre abzuschließen, wenn dann das Pauschale auch gleich 11 Mk. betrage. Hervorgehoben wurde von Mitgliedern des Vorstandes, daß, wenn der Ausschuß dem Abkommen nicht zustimme, das Oberversicherungsamt einfach der Kasse vorschreiben würde, wie hoch das Arzthonorar zu bemessen sei und dabei würde die Kasse sicherlich nicht besser fahren. Schließlich stimmte der Ausschuß dem vorgeschlagenen Abkommen zu. Damit sind die Differenzen zwischen den Aerzten und der Allgemeinen Lübecker Ortskrankenkasse beigelegt. Die Aufhebung der Familienversicherung, die mit auf der Tagesordnung stand, brauchte nicht beschlossen zu werden. Unter „Sonstiges" wurden verschiedene Anfragen an die Verwaltung der Kasse gestellt und von dieser beantwortet.

Das Jugendamt. Der Senat hat Dr. med. Jakob Meyer, Pastor Johannes Becker und Fräulein Martha Rösing zu unbesoldeten Mitgliedern des Jugendamtes ernannt.

Wehrbeitrag. Die Veranlagungsbehörde für den Wehrbeitrag macht bekannt. An die rechtzeitige Einreichung der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag wird erinnert. Die Frist zur Einreichung läuft am 31. dss. Mts. ab, wenn nicht auf besonderen Antrag ein späterer Termin festgesetzt worden ist. Die Beitragspflichtigen können durch Geldstrafen bis zu 500 Mark zur Abgabe der Vermögenserklärung angehalten, auch kann ihnen bei nicht rechtzeitiger Einreichung der Vermögenserklärung ein Zuschlag von 5—10 vom Hundert des geschuldeten Wehrbeitrages auferlegt werden. Außer denen, die ein Vermögen von mehr als 20 000 Mark oder bei mehr als 4000 Mark Einkommen mehr als 10 000 Mark Vermögen haben, sind auch alle diejenigen zur Abgabe der Vermögenserklärung verpflichtet, die dazu aufgefordert worden sind.

Jahresbericht des Zentral-Verbandes der Töpfer Deutschlands, Filiale Lübe. Das Jahr 1913 ist wohl das schlechteste Geschäftsjahr, welches wir bis jetzt gehabt haben. Die Folgen der schlechten Baukonjunktur haben auch wir recht stark empfunden; war doch ein Drittel unserer Kollegen durchschnittlich arbeitslos. Am 1. Januar hatten unsere Meister uns den Lohntarif sowie den Gegenseitigkeitsvertrag gekündigt, welcher am 1. April ablief. Da bis zu dieser Zeit keine Einigung zustande gekommen war, mußten wir in den Streik treten, welcher neun Tage dauerte. Der neue Tarif wurde auf drei Jahre abgeschlossen. Das erste Jahr bringt er keine Erhöhung, die nächsten zwei Jahre fünf Prozent Aufschlag. Der Gegenseitigkeitsvertrag wurde aufgehoben. Wenn man die schlechte Konjunktur in Betracht zieht, können wir mit dem Errungenen zufrieden sein. Erfreulich ist es für uns, berichten zu können, daß alle Kollegen auf dem Posten waren und keiner zurückblieb. Versammlungen wurden 17 abgehalten, die ziemlich gut besucht waren. Die Zentralkasse hatte eine Einnahme von 1720,70 Mk. An Unterstützung wurde ausbezahlt: Wanderunterstützung 146 Mk., Krankenunterstützung 371,90 Mk., Arbeitslosenunterstützung 398,50 Mk., Sterbeunterstützung 80 Mk. An die Hauptkasse wurden 430 Mark abgesandt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 773,48 Mk. An Unterstützungen wurden ausbezahlt: Arbeitslosenunterstützung 305 Mk., an vier in Not geratene Kollegen wurden 90 Mk. als Geschenke verteilt; 85 Mk. wurden als Darlehen verabfolgt, und als Weihnachtsgeschenk für Arbeitslose wurden 75 Mk. ausgegeben. Hoffen wir nun, daß das Jahr 1914 uns mehr Arbeitsgelegenheit bietet. Dieses kann aber nur eintreten, wenn die Baukonjunktur eine bessere wird. Hauptsächlich in Frage kommen Spekulationsbauten, denn Schulen, Krankenhäuser und sonstige großen Gebäude sind das Gebiet der Zentralheizung, angeblich weil diese nicht soviel Arbeit beim Heizen erfordert wie die Kachelöfen. Aber auch die Ofenindustrie hat in den letzten Jahren viele Neuerungen geschaffen, welche hier Abhilfe bringen. Muß doch auch vom hygienischen Standpunkt aus betrachtet die Zentralheizung gegen die Kachelofenheizung zurückstehen.

b. **Schöffengericht** vom 29. Januar. Seine Logiswirtin bestohlen hatte ein junger Maschinenschlosser Sch. Während deren Abwesenheit verschaffte er sich die Schlüssel zum Schrank, nahm die 20 Mk. Ersparnisse heraus und dampfte damit nach Oldesloe ab, wo er in Arbeit trat. Urteil: 3 Wochen Gefängnis. — Flunkerei. Der schwer vorbestrafte Klempnergeselle Kr. hatte angeblich in einer Gastwirtschaft an der Untertrave 18 Mk. im Kartenspiel verloren und den Rest seiner Barschaft andern Tages vertrunken. Seinem Arbeitskameraden schwindelte er vor, einkassiertes Geld seines Klempnermeisters vertan zu haben und wenn er dies nicht gleich zurückzahle, werde er entlassen. Der Kollege pumpte sich 5 Mk., um Kr. herauszureißen. Mit diesem Geld verdustete der Angeklagte, der heute wegen Betruges zu 1 Monat Gefängnis verurteilt wird. — Aus Not verschaffte sich der Bürstenmacher G. ein halbes Dutzend Roßhaarbesen, die auf telephonische Bestellung in ein Gasthaus geschickt wurden. Da G. beim Verkäufer keinen Kredit genoß, ließ er die Ware auf einen bekannten Namen schreiben. Der Wiederverkaufspreis wurde im schmalen Haushalt verwandt. Urteil: 2 Wochen Gefängnis. — Fahrraddieb. Trotz seiner Jugend hat der Leichtmatrose S. schon ein halbes Dutzend Vorstrafen, die er nun eine weitere durch Stehlen eines Fahrrades vermehrte. Das äußerst billige Angebot machte den Hamburger Käufer stutzig, und verursachte die Verhaftung des jungen Menschen, der heute zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. — Eine dumme Redensart bringt dem Bäckerknecht Sch. 40 Mk. Geldstrafe wegen Beamtenbeleidigung ein. Als er wegen Radelns auf der Wielandbrücke festgehalten wurde, behauptete er, der Schutzmann hätte am Museum während des Dienstes geschlafen. Das unbefugte Radeln über die Wielandbrücke kostet extra 5 Mk. — Kupferdrahtabfälle eigneten sich bei der Leitungsreparatur auf einer Ziegelei der Monteur M. und der Maschinist F. an. M. dachte sich beim Einsammeln der etwa 12 Pfd. betragenden Reste nicht viel dabei, er habe es ohne Geheimnistuerei getan und für den 2,50 Mk. betragenden Erlös Bier und Schnaps ausgegeben. Den zurückbehaltenen Teil warf M. ins Wasser, doch verweigert er die Auskunft darüber, wo und warum dies geschehen ist. Der Maschinist F. beruft sich auf das Gewohnheitsrecht, das ihm den Verkauf von Blech- und Drahtabfällen gestattete. Er war bei der Kupferdrahtleitung hauptsächlich mit tätig und leitete das übliche Herkommen auch auf diese Abfälle über, von denen er 20 bis 25 Pfd. einsammelte, die die Frau zum Teil verkaufte. Sie wird deshalb der Hehlerei bezichtigt, denn ihre Andeutungen beim Verkauf ließen auf ein unsicheres Gewissen schließen. Daß sowohl dem Ehemann wie der Frau die Geschichte nicht ganz koscher war, ergibt sich aus den verschiedenen Winkeln, in denen die Abfälle beim Durchsuchen der Wohnung gefunden wurden. Das war aber nur die Angst, nachdem M. angezeigt worden war. Das Gericht sprach alle drei frei. Dem Maschinisten wird das gute Recht zugesprochen und dem Monteur läßt sich die Erkenntnis der Rechtswidrigkeit nicht nachweisen, da er die Abfälle öffentlich sammelte. — „Schwerer

brechen. Mit 25 und 53 Vorstrafen, meist wegen Bettelns, sind die Arbeiter P. und G. beschwert. Ihr Almosensammeln bringt sie abermals 4 Wochen hinter Kerkermauern, und dann werden sie die Korrigendenkompagnie verstärken. — Aus derselben Verwandtschaft stammt ein 65jähriger Arbeiter, der kaum noch gehen kann. Er hatte einen Schnaps zu viel getrunken und die Breite Straße durch seine wackelnde Person verunziert. Wegen dieser ärgerniserregenden Trunkenheit wird der Gebrechliche den Gefängniswärtern 6 Wochen zur Last fallen. Das ist die Höchststrafe für einen Rausch. — Die Schutzleute gefressen hatte der Schlossergeselle O., so drückt er sich in angeheiterter Stimmung aus; bei der Festnahme nannte er einen viel unhöflicheren Namen. 50 Mk. kostet der polizeiwidrige Titel, der nächtliche Singsang nur einige Meter.

Eine Nasen-Metamorphose. Auf wunderbare Wirkungen der christlichen Taufe läßt ein Steckbrief schließen, der im gestrigen „Oeffentlichen Anzeiger der freien und Hansestadt Hamburg" stand. Gegen den Hausmakler Moses Goldschmidt aus Lübeck, Mitinhaber der Firma M. Goldschmidt u. Co. in Hamburg, der wegen Untreue verfolgt wird, war vorige Woche ein Steckbrief erlassen worden. In der Personalbeschreibung hieß es Nase: Judennase; besondere Kennzeichen: korpulenter Jude. Diese Woche wird ein Steckbrief gegen den Hausmakler Hermann Goldschmidt, gleichfalls aus Lübeck und zuletzt in Hamburg, erlassen. Diesmal heißt es Nase: Adlernase. Da an der Stammesverwandtschaft der beiden Hausmakler kaum zu zweifeln ist, läßt sich der Unterschied ihrer Nasen nur so erklären, daß bei dem jüngeren Goldschmidt, als er sich auf den germanischen Namen Hermann taufen ließ, das Taufwasser die angestammte Judennase in eine Adlernase verwandelte. Für Rassenphysiologen dürfte dieser amtlich beglaubigte Vorgang von hohem Interesse sein.

Der Elbe-Trave-Kanal wird von Donnerstag, den 29. Januar d. Js. ab wieder für den gesamten Verkehr freigegeben.

Der Autoomnibusverkehr Lübeck-Sandesneben wird, nachdem der Probebetrieb der Firma Büssing, Braunschweig, mit dem 31. ds. Mts. abschließen wird, vom 1. Februar ab weiter probeweise durch die Firma Adolph Saurer, Berlin wahrgenommen werden. Der Fahrplan und die Fahrpreise sowie alle sonstigen Beförderungsbedingungen bleiben unverändert. Die Interessenten des Autoomnibusverkehres werden es mit Freude begrüßen, daß der Betrieb Lübeck—Sandesneben hiernach ohne Unterbrechung weiter fortgesetzt wird.

Schwankende Gesundheit. In der Woche vom 4. bis 10. Januar sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes von je 100 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Aachen 14,7, Altona 15,1, Augsburg 18,8, Barmen 10,9, Berlin 13,6, Berlin-Schöneberg 10,9, Berlin-Wilmersdorf 8,7, Bochum 21,1, Braunschweig 11,9, Bremen 16,9, Breslau 19,9, Kassel 10,2, Charlottenburg 11,6, Chemnitz 11,6, Köln 15,1, Krefeld 16,7, Danzig 18,0, Dortmund 13,8, Dresden 14,0, Duisburg 13,4, Düsseldorf 14,4, Elberfeld 10,7, Erfurt 17,1, Essen 19,6, Frankfurt a. M. 13,0, Hannover 16,6, Karlsruhe 12,3, Kiel 17,2, Königsberg 15,0, Leipzig 13,1, Lübeck 11,6, Magdeburg 17,4, Mannheim 12,8, Mülheim a. d. R. 12,9, München 16,8, Neukölln 7,3, Nürnberg 14,7, Plauen i. V. 10,1, Posen 13,7, Saarbrücken 13,4, Stettin 15,3, Straßburg 18,0, Stuttgart 14,3, Wiesbaden 17,6, London 20,5, Paris 19,4, Wien 14,3.

pb. **Steckbriefling.** Ermittelt und festgenommen wurde in Curau ein Arbeiter aus Allermöhe, der seitens der Staatsanwaltschaft in Hamburg wegen Unterschlagung steckbrieflich verfolgt wird, und gegen den auch bei der Königlichen Staatsanwaltschaft in Stade ein Verfahren wegen Diebstahls schwebt.

pb. **Eigentumsvergehen.** Aus einem Uhrmacherladen in der Breitenstraße ist am 28. dss. Mts. ein dunkelbrünierter Reisewecker mit Ständer abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In dem Verdacht der Täterschaft stehen zwei unbekannte Männer, die in dem Geschäfte einen Kneifer zum Kaufe anboten. — In der Zeit vom 25.—27. dss. Mts. sind aus dem Keller eines an der Moislinger Allee belegenen Hauses, 3 Blöcke Schriftmetall gestohlen worden. Jeder Block ist etwa 20 Pfund schwer und trägt die Aufschrift „Kempe".

pb. **Betrug.** Festgenommen wurde ein hiesiger Dachdeckergehilfe, der sich des Betruges im wiederholten Rückfalle schuldig gemacht hat.

Auf den Volksunterhaltungsabend zur Würdigung des Professors von Bunge am morgigen Freitag, abends 8¼ Uhr in den Stadthallen sei hiermit nochmals hingewiesen. Bei der Fülle des Gebotenen und dem billigen Preise von 10 Pfg., wofür noch ein Programm verabfolgt wird, kann der Besuch dieser Veranstaltung jedermann empfohlen werden.

Sylvester Schäffer, der berühmte Universalkünstler kommt mit einem sensationellen Programm nach Lübeck und beginnt am 1. Februar im hiesigen Hansa-Theater ein kurzes Gastspiel.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Von der Schwank-Novität „Die spanische Fliege", die morgen hier zum ersten Male bei uns gegeben wird, kann gesagt werden, daß sie alles weit übertrifft, was an ähnlichen Schöpfungen bereits existiert. „Die spanische Fliege", — wer ist sie? Nun, eine kleine, niedliche Tänzerin, die garnicht selber anwesend, doch im Mittelpunkte der drolligen Handlung steht. Sie hat einmal im Leben einiger unserer Schwank-Helden eine angenehme Rolle gespielt. Und nun nach langer Zeit ergeben sich Dinge, die eine gegenseitige Auseinandersetzung und Klarstellung der Sachlage erheischen. Willy Schweisguth studiert das lustige Stück ein und die ersten Kräfte unseres Schauspiels sind darin hervorragend beschäftigt. Diese Aufführung empfehlen wir dem Interesse des Publikums, das einmal von Herzen lachen will. Für heute verweisen wir auf die Opernaufführung „Der schwarze Domino".

West-Ratekau. Gemeinderatssitzung in Techau. Die Einrichtung einer fünften Klasse und Bewilligung eines hierzu nötigen Lehrers wurde beschlossen. Es stellte die Hebamme Lüth-Seeretz den Antrag auf Bewilligung eines Zuschusses, mit der Begründung, es bringe ihre Praxis nicht genügend ein. Das Gesuch wurde abgelehnt. Das Abhauen von Gemeinde-Pappeln und deren öffentliche Versteigerung durch den Vorsteher, sowie Wiederanpflanzung an hierzu geeigneten Wegen und Plätzen wurde genehmigt. Der Orts- und Landeskrankenkasse wurden die im Armenhaus sich befindlichen beiden Krankenzimmer zur Unterbringung von Kranken gegen Entschädigung pro Tag und Person von 1,50 Mark, Pflegegeld ebenfalls 1,50 Mk., Bad bei der Aufnahme 1,50 Mk., überwiesen; davon ist an die Oekonomie für die Verpflegung 1 Mk., für das Bad 90 Pfg. zu zahlen. Für Aufnahme von Armenn aus anderen Gemeinden sind die Gebühren auf 75 Pfg. pro Tag festgesetzt. Mit dem Arzt soll keine Pauschalsumme vereinbart werden, sondern soll derselbe jeden Besuch einzeln in Anrechnung bringen. Für die Anlagen und den Ausbau des Leitungsnetzes für elektrische Kraft und Licht wird von der Staatsgutskapitalienkasse die Summe von 60 000 Mark zu 4½ % angeliehen, welche Summe von den Stromabnehmern in 25 Jahren zu verzinsen und zu amortisieren ist; hieraus dürfen der Gemeindekasse durchaus keine Kosten erwachsen noch auferlegt werden. Der wieder eingebrachte Antrag Kl.-Timmendorf und -Strand betreffs Bebauungsplan wurde genehmigt, so daß der Gemeinde auch hierdurch keine Kosten erwachsen dürfen. Wegen des Bahnbaues Schwartau-Neustadt wurde noch mitgeteilt, daß die Vorbelastung der beteiligten Orte in ihrer beschlossenen Form bestehen bleibt.

w. **Mölln.** In der gestrigen Sitzung der städtischen Kollegien wurde der erste Punkt der Tagesordnung: Beschlußfassung über die Vergebung des Ortsnetzes der Elektrizitätsanlage und Aufnahme einer Anleihe hierzu, auf Antrag des Stadtverordneten Dettmann am Schluß der Sitzung in geheimer Sitzung verhandelt. — Wir können nicht verstehen warum die Oeffentlichkeit nichts von den Ansichten der einzelnen Kollegienmitglieder erfahren und wozu die Geheimniskrämerei gut sein soll. — Ein Antrag des Bauunternehmers Seehaase auf Ueberlassung eines Bauplatzes von dem beim neuen Volksschulgebäude übrigbleibenden Gebäude wurde abgelehnt, weil dort vorläufig Bauplätze nicht verkauft werden sollen. Bei der Durchführung der Kanalisation hat sich herausgestellt, daß eine Anzahl Häuser in der Hauptstraße, zwischen Bleistraße und Mühlenstraße, am Wasserkrügerweg, Kaiser-Friedrichstraße nicht angeschlossen werden können, weil die Keller tiefer als das verlegte Hauptrohr der Hochzone liegen. Es soll deshalb für die Häuser von der Bleistraße bis zur Schäferstraße eine Nebenleitung gelegt und an die Hauptleitung der Tiefzone angeschlossen werden; am Wasserkrügerweg und Kaiser-Friedrichstraße soll die Hauptleitung von vornherein so tief gelegt werden, daß alles angeschlossen werden kann. Die Mehrkosten hierfür, 4500 Mark, werden bewilligt. Die Kosten für die Strecke Schäferstraße—Mühlenstraße sind hier nicht einbegriffen und sollen später bewilligt werden. — Ein Antrag des Lauenburgischen Geschichtsvereins um eine Beihilfe für die Vergrößerung seines hier untergebrachten Museums — Ankauf des Nebengebäudes — wird abgesetzt, da die Stadtverordneten bereit sind, dem Geschichtsverein das alte Volksschulgebäude zur Verfügung zu stellen. Auch wir sind der Ansicht, daß das Museum im Volksschulgebäude besser untergebracht ist, als wenn der jetzt vorhandene Raum durch den Ankauf des Nebengebäudes vergrößert wird. In dem Nebengebäude, dem Desinfektor Möller gehörig, müßten erst Durchbauten vorgenommen werden und auch dann würde noch nichts Rechtes geschaffen sein. Ein Antrag des Dr. Kraus, ihm bei seinem Landhause eine städtische Koppel käuflich zu überlassen, wurde seitens der Stadtverordneten abgelehnt. Man scheint dort die Schaffung eines großen Komplexes in einer Hand verhindern zu wollen. Dem Bildhauer Reder wird ein Streifen Land bei seiner Wiese am Ziegelsee das Quadratmeter für 12 Pfg. käuflich überlassen. Reder muß neben dem öffentlichen Wege, der dort entlang geht, einen Graben ausheben und die Uebertrags- und Vermessungskosten tragen. — Nun folgte die geheime Sitzung.

Hamburg. Der Dreimastschoner „Vorwärts" untergegangen. Auf der Reise von Vornholm nach Hamburg ist, wie wir den „Hambg. Nachrichten" entnehmen, der Dreimastschoner „Vorwärts", der mit Klinkern beladen war, untergegangen. Die Besatzung von drei Mann ist ertrunken.

Rendsburg. Ein Geständnis in der Liberraschen Mordtat hat jetzt der in Untersuchungshaft befindliche Arbeiter Katfelles abgelegt. Auf dem im benachbarten Ostertönfeld abgehaltenen Lokaltermin gestand der Verhaftete ein, den Wächter Liberra mit einem Eisenrohr niedergeschlagen zu haben.

Lübthen. Zwei Knaben ertrunken. In unserem Nachbarorte Neuhaus vergnügten sich die beiden elf und zwölf Jahre alten Knaben des Malermeisters Scharnweber und des Kaufmanns Spiegelberg auf dem Eise. Beim Betreten des durch die warmen Ausflüsse der Molkerei mürbe gewordenen Eises brachen beide ein und ertranken.

Wilhelmshaven. Wilheminische Kunst. Recht eigenartig sind in den letzten Tagen die hiesigen Kunstenthusiasten gestraft worden. Auf Wunsch Wilhelms II. sind nämlich in der hiesigen Kaiser-Friedrich-Kunsthalle ein Dutzend Bilder ohne künstlerischen Wert ausgestellt worden. Die Sache kam so: Die Malerin Grete Waidau hatte vor einiger Zeit bei dem Vorstand des Kunstvereins um die Erlaubnis nachgesucht, ihre Arbeiten in der Halle ausstellen zu dürfen. Der Vorstand lehnte das Gesuch mit der Motivierung ab, daß ihre Bilder nicht genügend künstlerischen Wert besäßen, um eine Ausstellung zu rechtfertigen. Darauf schenkte die Dame ihre Bilder — es sind ausgerechnet zwölf schlechtgepinselte Hohenzollernschlösser! — Wilhelm II. zu seinem 25jährigen Regierungsjubiläum mit der Bitte, diese der Wilhelmshavener Kunsthalle zu überweisen. Auf diesem Umwege erhielt also der Kunstverein jetzt die Bilder von Wilhelm II. geschenkt, und wohl oder übel mußte er jetzt die kitschigen Oelbilder in eine Ecke des Ausstellungssaales der Halle hängen. Da aber der Verein es sich zur Aufgabe gemacht hat, nur künstlerisch wertvolle Werke öffentlich auszustellen, hat sich bereits eine heftige Opposition erhoben, die eine Entfernung der kaiserlichen Gnadenbilder aus den geheiligten und nur durch sie entweihten Räumen fordert. Die Bilder dürften demnächst in einer Stallecke auf Nimmerwiedersehen verschwinden.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater ging gestern abend das hier nicht unbekannte Schauspiel „Frau Warrens Gewerbe" von Bernhard Shaw in Szene. Die von uns abgedruckte Einführung, die Herr Dr. Drach vom hiesigen Stadttheater geschrieben hat, legt den wesentlichen Inhalt des Stückes klar. Wir wollen dem heute nichts hinzufügen. Die gestrige Aufführung, die wir leider nur zu einem kleinen Teile mit ansehen konnten, fand unter Herrn Brunows Leitung statt und interessierte das recht zahlreich erschienene Publikum lebhaft. Herr Brunow feierte, wie verlautet, gestern sein 25jähriges Künstlerjubiläum. Mag das zutreffen oder nicht, sicher ist eines, daß Brunow einer unserer besten Schauspieler ist, der dem hiesigen Publikum sowohl im klassischen Drama wie im modernen Schau- und Lustspiel manche schöne Gaben geboten hat. Gestern brachte er als Wüstling Crofts eine scharf charakterisierte Figur auf die Bühne. Lorbeer und Blumen wurden ihm dafür zuteil. Die übrigen Rollen waren gleichfalls mit den besten Kräften besetzt.

P. L.

Aus dem Gerichtssaal.

Sie wollten keine Kartoffeln schälen. Das Selbstbewußtsein des „Alten Mannes" ist den Musketieren Kesselbohn, Tokarski, Wegener und Ecker von der 9. Kompagnie Inf.-Regiments 67 in Metz teuer zu stehen gekommen. Diese waren mit alten Leuten und Rekruten der 9., 11. und 12. Kompagnie zum Kartoffelschälen kommandiert und sollten, als sie mit ihrer Aufgabe fertig waren, mit ihren Kameraden von der 9. und 11. Kompagnie die Kartoffeln der 12. Kompagnie schälen, da die von dieser Kompagnie kommandierten Soldaten zum Sachenverpassen geholt worden waren. Das war den „Alten Herren" der beiden zurückgebliebenen Kommandos aber zuviel, und sie beschlossen, Schicht zu machen. Der aufsichtführende Unteroffizier ließ das aber nicht zu und rief sie zurück. Während nun die Mannschaften der 11. Kompagnie zurückkamen, verschwanden die der 9. Kompagnie in der Kaserne, weil sie nach ihrer Angabe den Zuruf des Unteroffizlers nicht gehört hatten. Das Kriegsgericht der 34. Division schenkte dieser Angabe aber keinen Glauben und verurteilte die vier Angeklagten wegen Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft zu je 43 Tagen Gefängnis. 14 Tage der erlittenen Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Mißstände auf einer Baustelle der Lübeck-Segeberger Bahn.

Auf der Baustelle Bareneck der Firma Siemens u. Halske, A.-G., herrschen mancherlei Mißstände, die zu besprechen im Interesse der dort beschäftigten Arbeiter liegt. Die Bude ist für 40 Mann viel zu klein; die Mehrzahl der Leute müssen ihr Brot hinter dem Knick aufessen und sind so den Unbilden der Witterung ausgesetzt. Wenn nun die Arbeit wieder beginnt, pfeift der Schachtmeister und die außerhalb der Bude weilenden Arbeiter fangen sofort an, während die in der Bude befindlichen doch erst heraustreten müssen. Diese werden dann angeschnauzt, weil sie nach Meinung des Schachtmeisters nicht schnell genug an ihre Arbeit kommen. Infolge der Verschiedenartigkeit der Bodenverhältnisse können nicht alle Arbeiter in gleicher Zeit den Wagen füllen. Hat nun ein Arbeiter seinen Wagen nicht so schnell gefüllt, wie die anderen, dann heißt es: „Schweinehunde", „faule Bande", „Piep im Mul, aber Sonnabends Geld nehmen und dann nich zu wenig". So geht es den ganzen Tag. Sagt ein Arbeiter einen Ton zu dieser Behandlung, dann sagt man: „Ich jage Euch alle nach Rußland."

Ein Interessierter.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 28. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1,25—1,35 Mk., Meierei-Butter 1,45-1,50 Mk., Hasen 3,50-4,00 Mk., Enten Stück 4.00-5,00 Mk., Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück 2,00—3,00 Mk., Tauben Stück 00—70 Pfg., Gänse Pfd. 00—95 Pfg., Schinken Pfd. 0,95—1,00 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 70 Pfg., Wurst, geräuchert, 1,20—1,60 Mk., Eier Stck. 11½—13 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 30 bis 40 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pfg., Blumenkohl der Kopf 50—70 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. 00—00 Pfg., eingeschickte, Pfd. 00 Pf. **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,50, größere Pfd. 1,40 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,20 Mk., kleinere 100 Pfg., Aal, große Pfd. 1,20 Mk., mittlere Pfd. 00—80 Pfg., kleine Pfd. 00—60 Pfg., Karautschen Pfd. — Pfg., Hechte, große Pfd. 60—70 Pfg., mittel 80 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. 70 Pfg., kleine Pfd. 60 Pfg., Aland Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 35—40 Pfg., kleine Pfd. 20 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. 50 Pfg., frische Pfd. 30—35 Pfg., Butte, größere Pfd. 30—40 Pfg., kleinere 25—30 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 00—000 Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 28. Januar 1913.

	gering Mk.	mittel Mk.	gut Mk.
Weizen	—	17,00—18.00	18,10—18,60
Roggen	—	14,50—15,00	15,10—15,40
Gerste, nach Qualität	—	14 50—15,50	—
Hafer, nach Qualität	13,00—14,50	15,00—15.50	15,60—16,00

hochfein über Notiz, per 100 kg.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 28. Januar.

1. Klasse 532 Drittel zu 129,60 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 36 „ „ 123,11 Mk. „ „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 28. Januarr.

Auftrieb 1240 Schweine. Markt gut geräumt.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 59.— bis 60.— (47,00 bis 48.—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 59.— bis 60.— (47.— bis 48,00), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 60.— bis 61.— (47.— bis 47,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 60.— bis 61.— (47.— bis 47,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 55.— bis 68.— (42.— bis 44.—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 58.— bis —.— (46,50 bis —.—), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 54.— bis 57.— (42.— bis 44.50) Mk.

Literarisches.

Die „Neue Musik-Zeitung" bringt zurzeit eine Reihe von Artikeln, die das Thema zur Kunstästhetik unserer Zeit behandeln. In Heft 7 ist das Buch des Tübinger Professors Konrad Lange, „Das Wesen der Kunst", Gegenstand der Erörterungen, Heinz Thießen bringt in Heft 8 eine aufklärende Studie zum Kapitel „Programm-Musik". Mascagnis „Parisina" wird in Wort und Bild gedacht. Interessant ist auch ein Artikel über das Musikleben in Los Angeles, ebenfalls mit Bildern, schön ein Feuilleton über Henriette Feuerbach und die Musik (alle in Heft 8). Aus Heft 7 sei noch der Aufsatz von Paul Marsop „Experimente auf der italienischen Opernszene" hervorgehoben. Musikbeilagen und Berichte über Aufführungen ergänzen die Hefte aufs reichhaltigste. Probeheft sendet kostenlos der Verlag von Carl Grüninger in Stuttgart.

Briefkasten.

Zwei Streitende. Nach dem neuen Einkommensteuergesetz können von den Einkommen u. a. abgezogen werden: 1. die Grund- und Gebäudesteuer, die sonstigen auf den hiesigen Grundbesitz gelegten direkten Gemeindesteuern; 2. die vom Steuerpflichtigen für sich und seine nicht selbständig besteuerten Familienangehörigen gezahlten Beiträge zur Kranken-, Angestellten- und Invalidenversicherung; 3. die Prämien und Beiträge für Unfallversicherung, für Versicherung auf den Todes- oder Lebensfall, sowie zu Witwen-, Waisen- und Pensionskassen bis zum jährlichen Höchstbetrage von 600 Mark.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Mein diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

beginnt am **Freitag, dem 30. Januar**

und ist als ein einzig dastehendes Ereignis seit dem Bestehen meines Geschäftes zu verzeichnen.

Die Preise sind so **enorm billig,** daß es eine so günstige Gelegenheit ist, den Bedarf für das Frühjahr schon jetzt zu decken.

Ein Posten **Blusen-Schürzen** jetzt 1.38 1.08 95 ₰ 85 ₰

Ein Posten **Ia. Satin-Kleiderschürzen** sonst 3.95 jetzt 2.75

Ein Posten **Hausschürzen** extra weit . . . . . jetzt 95 ₰

	Serie III	Serie II	Serie I
Damen-Untertaillen	95 ₰	78 ₰	35 ₰

Angestäubte Damen-Leibwäsche früher 1.30 bis 2.75 jetzt Stück 95 ₰ bis 1.95

Sommer-Handschuhe weiß u. farbig zum Aussuchen früh. 45 ₰ b. 1 M jetzt Paar 10 ₰

	Serie I	Serie II
Winter-Handschuhe schwarz und farbig, Paar	38 ₰	68 ₰

Rodel-Mützen für Kinder . . . . . früher 95 ₰ bis 1.25 jetzt 58 ₰

Kinder-Hauben u. -Mützen früherer Wert das 5- und 8fache jetzt 10 ₰ bis 25 ₰

Sportvorhemden für Herren . . sonst 50 ₰ bis 85 ₰ jetzt 28 ₰

	Serie I	Serie II
Serviteurs weiche farbige	28 ₰	38 ₰

	Serie I	Serie II	Serie III
Sweater	95 ₰	1.58	1.95

	Serie I	Serie II
Damen-Westen sonst 2.25 bis 3.00 . . . jetzt	1.58	1.95

Kinder-Kleider u. Russenkittel jetzt 95 ₰ bis 2.25

Wachstuch-Decken . . . . . jetzt 25 ₰

	Serie I	Serie II	Serie III
Ein Posten **Unterröcke**	2.50	1.25	95 ₰

Blaue Reform-Hosen . . . . . jetzt 2.25

Ein großer Posten **Normal- und Macco-Wäsche** leicht bestäubt

Hosen . . . . . Serie I 1.35 Serie II 1.48

Hemden früher 1.95 jetzt 1.48 früher 2.65 u. 2.95 jetzt 1.95

	Serie I	Serie II	Serie III
Dicke Futter-Unterhosen jetzt	1.38	1.58	1.78

	III	II	I
3 Serien Kleider Mousseline	48 ₰	38 ₰	28 ₰

Reste von **Wäschebändchen u. Spitzen** jetzt 10 ₰

Kissenbezüge Ia Qualitäten, zum Teil angestäubt . . . . . 95 ₰

Ein Posten **Taschentücher** Batist m. Kante, Wienerleinen u. rote jetzt 18 ₰

5 Serien Damen-Blusen in Velour, Wolle, Tüll und Voile

V	IV	III	II	I
4.95	3.95	2.95	1.95	95 ₰

Kostüm-Röcke . . . . . von 1.95 an

Krawatten . . . . . 5 ₰ 10 ₰ 20 ₰ bis 48 ₰

Hosenträger sonst bis 1.50 . . . . . jetzt 68 bis 95 ₰

3 Serien Einsatz-Oberhemden sonst 2.25 bis 3.25

III	II	I
2.28	1.78	1.48

Ein Posten **Bettbezüge** . . . . . jetzt 3.95 2.95 1.95

Ein Posten **Bettlaken** . . . . . jetzt 2.40 1.95 1.78

Ein Posten **fein. schwarz. Wollgarne** Lage jetzt 55 ₰

Damit lediglich allen meinen Kunden dieses günstige Angebot zugute kommt, wird mehr als 1 Pfund von dieser Wolle an einen Kunden nicht abgegeben.

Kleiderstoffe und Reste

für die Konfirmation passend, **enorm billig.**

	Serie V	Serie IV	Serie III	Serie II	Serie I
Ein Posten **Herren-Socken**	88 ₰	48 ₰	39 ₰	29 ₰	22 ₰

Ein Restposten **braune Kinder-Strümpfe** . . jetzt durchweg 78 ₰

	Serie I	reine Wolle	Serie II	Serie III
Ein Posten **Damen-Strümpfe**	48 ₰		78 ₰	98 ₰

	Serie I	Serie II
Ein Posten **weiß. Baby-Lammfell-Jacken** jetzt	68 ₰	48 ₰

Ein Posten **Herren-Barchent-Hemden** jetzt 1.38 und 1.48

Ein Posten **Gamaschen,** weiß . . . . früher 90 ₰ bis 1.25 jetzt Paar 38 ₰

Ein Posten **Knaben- u. Herren-Jockey-Mützen** jetzt 30 ₰

Ein Posten **Herren-Sport-Mützen** zum Teil mit Seide gefüttert . . . . . jetzt 78 ₰

Ein Posten **Damen-Korsetts** mit Strumpfhaltern . . . 1.95 und 95 ₰

	Serie I	Serie II
Ein Posten **gest. Herren-Westen**	1.95	2.45

	Serie I	Serie II	Serie III
Ein Posten **Blaudruck-Reste u. -Abschn.** für Schürzen	68 ₰	80 ₰	95 ₰

Alle Ulster, Paletots, Lodenjoppen

sind so ermäßigt, daß es lohnend ist **noch jetzt** den Bedarf zu decken.

	Serie I	Serie II
Knaben- u. Burschen-Ulster	4.50	6.95

Damen-Mäntel in farbig . . . . . von 3.95 an.

Schwarze Damen-Mäntel . . . . . von 10.95 an.

Herren-Anzüge . . . . . von 9.75 an.

Konfirmanden-Anzüge . . . . . von 8.75 an.

Abteilung Schuhwaren.

Ein Posten **Damen-Schuhe** Derby-Schnitt mit Lackkappe . . . jetzt 4.35

Ein Posten **Damen-Stiefel** Derby-Schnitt mit Lackkappe . . . jetzt 4.95

Ein Posten **Damen-Stiefel** Rindbox . . . . . jetzt Paar 6.95

Ein Posten **Herren-Agraffenstiefel** . . . . . jetzt Paar 6.95

Ein Posten **Herren-Agraffenstiefel** Ia. Spaltleder . . jetzt Paar 5.50

Ein Posten **Herren-Agraffenstiefel** Ia. Rindleder . jetzt Paar 7.25

Ein Posten **Herren-Stiefel** Boxcalf mit Derby-Schnitt mit oder ohne Lack . . . . . jetzt Paar 9.95

Ein Posten **Roßbox-Herren-Stiefel** . . . . . jetzt Paar 6.50

Ein Posten **starke Arbeits-Schnallen-Schuhe** jetzt Paar 3.95

Ein Posten **starke Arbeits-Schnallen-Stiefel** . . jetzt Paar 4.95

Ein Posten **Kinder-Stiefel** Größe 18—22 . . . . . jetzt Paar 1.28

	27—30	31—35
Ein Posten **Roßleder-Kinder-Stiefel** beste erstklassige Waare . . . jetzt	3.15	3.95

Ein Posten **Filzschuhe für Herren und Damen,** zum Teil leicht beschädigt oder angestäubt, sind bis **50 Prozent ermäßigt.**

Rindlederne Sandalen

	Größe 21—26	27—30	31—35	36—42
Paar	1.58	1.98	2.28	2.58

Alle regulären Waren sind 10—20 Proz. im Preise ermäßigt.

Johannes Holst

Markt 6. (617) **Lübeck.** **Kohlmarkt 6.**

Rote Rabattmarken.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 24. Donnerstag, den 29. Januar 1914. 21. Jahrg.

Aus Finnland.

Wiederum hat sich in Wiborg eine jener Willkürszenen wiederholt, die seit dem Herbst 1912 diese bedauernswerte Stadt zu einer so traurigen Berühmtheit gebracht haben. Am 16. Januar wurden der Bürgermeister und zwei Ratsherren der Stadt verhaftet, um in einem Petersburger Gefängnis die Strafe abzusitzen, die ihnen von einem russischen Gericht wegen Widerstandes gegen das russische Gleichstellungsgesetz zudiktiert worden war. Die Polizei trat mit der üblichen Brutalität auf. Die Verhaftung erfolgte mit einer solchen Eile, daß der Bürgermeister Fagerström, der gerade beim Frühstück war, seine Mahlzeit nicht beendigen durfte. Er wurde ohne weiteres zum Bahnhof abgeführt, wohin ihn seine Frau nicht einmal begleiten durfte.

Die Frage der Zerstückelung Finnlands ist noch nicht von der Tagesordnung der russischen Machthaber verschwunden, sondern scheint in eine neue Phase getreten zu sein. Die russischen ministeriellen Komitees, die während der letzten zwei Jahre diese Frage behandelt haben, sind schließlich zu dem Ergebnis gelangt, daß die Abtrennung der zwei Wiborgschen Kirchspiele auf fast unübersteigbare Hindernisse stößt. Statt dessen wird nun geltend gemacht, daß die Abtrennung der ganzen Provinz Wiborg leichter durchzuführen sei. Im russischen Ministerrat wird jetzt über eine Lösung der Frage in dieser Richtung beraten. Auch in russischen Privatkreisen hat man in jüngster Zeit seine Aufmerksamkeit auf diese Provinz gelenkt. Vor allem ist es die Wasserkraft des Wuoksens und insbesondere dessen vornehmster Stromschnelle, des Imatra, die den Appetit der russischen Unternehmer erregt. Der gewaltige Imatra ist finnländisches Staatseigentum, dessen Wert nicht nur in der ungeheuren Summe von Wasserkraft liegt, die er repräsentiert, sondern auch in seiner imposanten landschaftlichen Schönheit, die für den Touristenverkehr von unschätzbarer Bedeutung ist. Leider hat es die gegenwärtige finnländische Regierung versäumt, die übrigen im Wuoksen gelegenen Stromschnellen anzukaufen, um sich auf diese Weise der nötigen elektrischen Kraft für den Eisenbahnbetrieb auf der südlichen Küstenbahn zu versichern. Nun hat ausländisches Kapital diese Kraftquellen ins Auge gefaßt. Unter anderem wurde im vergangenen Jahr der berühmte „Wallinkoski" von einer deutschen Gesellschaft, hinter der die Deutsche Bank steht, angekauft. Der finnländische Senat wachte nun auf und setzte ein Komitee ein, das eine Möglichkeit suchen sollte, die Wasserkraft des Imatra für die Bedürfnisse der finnländischen Staatsbahnen auszunutzen. Mitten während der Komiteearbeit trat eine russisch-französisch-belgische Gesellschaft unvermutet mit einem neuen Plan zur Exploitierung dieser Wasserfälle auf. Sie reichte dem Senat ein Konzessionsgesuch über die Ausführung eines großartigen Kanalprojektes ein. Sie will nichts mehr und nichts weniger, als die Gewässer der Saimasystems in einen Kanal sammeln, der neben dem Flußbett des Wuoksens diese Gewässer in ein tiefer gelegenes Bassin leiten soll, wo die ganze Wassermasse einen gewaltigen Fall von 300 000 Pferdekräften bilden soll. Würde dieses Gesuch genehmigt werden, so wäre offenbar die Folge, daß der obere Teil des Wuoksens mit seinen zahlreichen Fällen, darunter dem weltberühmten Imatra, fast seines ganzen Wassers beraubt würde und seinen Charakter wie seine landschaftliche Schönheit vollkommen verlieren würde. Auch dieses Projekt wird gegenwärtig vom Senatskomitee geprüft und man befürchtet mit Recht, daß der Senat unter dem Druck der hohen Protektion, die hinter jenem Projekt steckt, das Gesuch nicht abschlägig bescheiden wird. Da jedoch die gesetzlichen Strandrechte einer Anzahl von Grundbesitzern an den Ufern des Saimasees durch die Bewilligung der Konzession verletzt werden würden, ist es noch fraglich, ob eine Verwirklichung des kühnen Planes wirklich durchzusetzen sein wird. Allerdings würden diese rechtlichen Schwierigkeiten beseitigt werden, wenn die ganze Provinz Wiborg von Finnland abgetrennt und unter russische Verwaltung gestellt würde. So ist die Gefahr der Zerstückelung, die dem Lande droht, durch das Interesse des ausländischen Kapitals an seiner Wasserkraft bedeutend näher gerückt.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 28. Januar 1914.

200. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Giesberts (Z.): Das Reichsamt des Innern hat in den letzten Jahren sehr viel Arbeit gehabt. Insofern brauchen wir eine gewisse Arbeitspause, um Atem zu schöpfen. Aber diese Arbeitspause muß dazu dienen, um Kräfte zur Lösung neuer Probleme zu sammeln. Hierzu gehört die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invaliditätsversicherung auf 65 Jahre. (Sehr richtig!) Wann haben wir eine solche Vorlage zu erwarten? Auch die erst in den Anfängen stehende Witwen- und Waisenversicherung muß ausgebaut werden. Eine wichtige Aufgabe ist weiter die Bekämpfung der Gewerbekrankheiten, die Regelung der Löhne in der Heimarbeit und die Verbesserung der Zustände im Gastwirtsgewerbe. Auch die Rechtsverhältnisse der Buereaugehilfen müssen geordnet werden. Bedauerlich ist, daß die Reichsregierung auf der Berner Internationalen Schutzkonferenz nicht für Erhöhung des Schutzalters für Jugendliche wenigstens bei der Nachtarbeit eingetreten ist. Bei den Unternehmern ist zurzeit eine soziale Müdigkeit zu verzeichnen, die ihre Wirkung auch auf die Regierung ausübt, und teilweise zu einer sozialen Reaktion ausartet. Gewiß liegt die Sozialpolitik den Unternehmern Lasten auf. Aber eine Sozialpolitik, die nichts kostet, hätte auch keinen Wert. Deshalb treten wir für die Aufrechterhaltung unserer Wirtschaftspolitik ein, die es den Unternehmern ermöglicht, diese sozialen Lasten zu tragen. Sie machen bei der sozialen Versicherung übrigens nur 3 bis 4 Prozent der Lohnsumme aus, die in Deutschland gezahlt wird. Zudem werden diese Beiträge in die Preise hineinkalkuliert. Ich möchte den Mittelstand und die Landwirtschaft warnen, den Klassenkampf von oben mitzumachen, der sich heute in dem Bestreben äußert, die Aufwärtsbewegung des Arbeiterstandes hintanzuhalten, und der den Klassenkampf von unten zur notwendigen Folge hat. Der Mittelstand, der doch auf eine konsumfähige Arbeiterschaft angewiesen ist, sollte sich vor diesen Scharfmachereien hüten. Man sage uns doch einmal, wo denn zuviel in der Sozialpolitik geschehen ist. Die Lebenslage der Arbeiter ist gewiß gestiegen, aber die Hauptfrage ist doch, ob die heutige Lage der Arbeiter im richtigen Verhältnis zur Gesamtlage des Volkes steht, und da findet man, daß es bis jetzt noch nicht gelungen ist, die großen Tiefen des sozialen Lebens zu überbrücken. Bei den Heimarbeitern und den Arbeitslosen finden wir noch eine solche Summe sozialen Elends, daß sich einem, wie Herr v. Berlepsch es einmal ausdrückte, der Bissen im Munde herumdreht. Der Sturm gegen das Koalitionsrecht ist ganz unberechtigt. Das Streikpostenstehen ist eine berechtigte Waffe bei Arbeitseinstellungen und bietet nur einen sehr geringen Ausgleich für die Fülle von Mitteln, die den Unternehmern zu Gebote stehen, um Arbeitswillige heranzuziehen und die Arbeiterbewegung zu beobachten. Mit dem Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften uns gegenüber werden wir christlichen Gewerkschaftler schon fertig. Wir haben erfreuliche Anzeichen dafür, daß man in den Führerkreisen dort nicht mehr so wie früher terroristische Mittel passieren läßt. Dagegen wird heute von den Arbeitgebern Terrorismus bereits in großem Umfange geübt. Nur ein Fall: in einer Papierfabrik hatten sich dreißig Arbeiter der christlichen Gewerkschaft angeschlossen. Darauf wurden die Kinder der Organisierten von der Weihnachtsbescherung in der Fabrik ausgeschlossen, und als für diese Kinder dann eine besondere Feier veranstaltet wurde, wurden als Weihnachtsgeschenk sämtliche christlichen Arbeiter entlassen. (Hört, hört!) Herr Arendt hat dann an die christlichen Gewerkschaften die freundliche Aufforderung gerichtet, uns mit den Gelben gegen die Sozialdemokratie zu verbinden. Den Kampf gegen die Sozialdemokratie haben wir seit jeher geführt, aber Herr Arendt irrt, wenn er meint, daß die soziale Krise in Deutschland mit solch wunschlosen, rückgratlosen Elementen überwunden werden kann, wie es die Gelben sind. Die sogenannten Wirtschaftsfriedlichen sind doch keine selbständigen Arbeitervereine, sondern Vereine, die von den Unternehmern in ihrem Interesse gegründet werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ihnen gehören Leute an, die nicht genügend Standes- und Selbstbewußtsein haben. Wir, die christlich-nationale Arbeiterbewegung, führen den Kampf für unser Recht, auch durch Streik, aber nicht um des Kampfes willen. Wir kämpfen um die Gleichberechtigung und Selbständigkeit der Arbeiter. Wir werden uns in den christlichen Gewerkschaften durch keinerlei Verhältnisse abhalten lassen, auf dem Boden der Monarchie im Sinne der christlichen Kulturideale den Kampf für die Gleichberechtigung der Arbeiter weiterzuführen. (Bravo! im Zentr.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Abg. Gothein hat mir im „Berliner Tageblatt" vorgeworfen, ich hätte in meiner Lobrede auf die Wirtschaftspolitik die Gesamtguthaben der Sparkassen mit den jährlichen Einnahmen verwechselt. Allerdings konnte der Wortlaut meiner Ausführungen zu diesem Mißverständnis führen, aber Sie werden mir glauben, daß ich mir vollständig darüber klar gewesen bin, daß es sich nicht um die Jahresvermehrung handeln konnte, sondern um das Gesamtguthaben. Wenn ich für die Sparkassen 11 Milliarden ansetzte und zugleich sagte, daß unser Wohlstand ganz allgemein um 8 bis 10 Milliarden zugenommen habe, so kann die Oeffentlichkeit über den tatsächlichen Wert dieser Daten nicht getäuscht werden. Die Reverseite der glänzenden Medaille, die ich in meiner letzten Etasrede gezeigt habe, sind die Verhältnisse des gewerblichen Mittelstandes, der sich in einer ganz besonders ungünstigen Verfassung befindet. Von oben bedrängen ihn Handel und Industrie, von unten der Aufstieg der Arbeiterklasse. Die alten Organisationen des Handwerks haben sich überlebt, und man hat in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts bei der Neugestaltung der gesetzlichen Bestimmungen nicht daran gedacht, die alten Formen neu zu beleben. Wir mußten deshalb hier völlig Neues schaffen. Es handelte sich um die technische Schulung des Mittelstandes auf allen Gebieten, in denen der Kleinbetrieb noch mit dem Großbetrieb kokurrieren kann oder ihm überlegen ist. Die Aufgabe der technischen und wirtschaftlichen Erziehung fällt in das Gebiet der Einzelstaaten, die hier mit großem Erfolg gearbeitet haben. Das Reich aber hat durch die Neuregelung des Genossenschaftswesens, durch die Bestimmungen über die Ausbildung von Gesellen, über den Schutz des Meistertitels, über den kleinen Befähigungsnachweis usw. seine Aufgaben zu erfüllen getrachtet. Wir haben Enqueten über die Handwerkerbetriebe veranstaltet. Bei der Enquete über die Müllerei haben wir freilich keine guten Erfahrungen gemacht. Ein großer Teil der kleinen Betriebe hat sich außerstande gezeigt, unsere Fragebogen befriedigend zu beantworten. Auch bei der Bankenquete sind die Verhältnisse des Handwerks eingehend geprüft worden. Wir sind auf dem Wege der stückweisen Ermittelung der Verhältnisse der Kleinbetriebe fortgeschritten. Sobald die Verhandlungen meines Etats hier abgeschlossen sind, werden diese Fragen in meinem Ressort

Die Honoratiorentochter.

Eine Erzählung von Edmund Hoefer.

(35. Fortsetzung.)

Ja, sie hatte sich geschmückt, allein von dem übertreibenden Geschmack, der uns früher an ihr aufgefallen, war heute nichts zu bemerken. Trotz allem Reichtum des Anzugs war er in Stoffen und Farben auf das harmonischste zusammengestellt, und als sie jetzt, da es draußen an der Glastür klingelte, langsam aufstand und am Tisch stehend leicht die Hand mit dem Tuche auf denselben stützte und das Gesicht mit dem fest blickenden dunklen Auge der nur angelehnten Tür zuwandte, hatte ihre ganze Erscheinung einen Ausdruck von so ruhiger Würde und so stolzer Anmut, wie wir ihn, nach Richards launiger Schilderung von den Wunderlichkeiten der Honoratioren-Tochter jener kleinen Stadt, von ihr am wenigsten hätten erwarten können, und ihn überhaupt leider häufiger auf Bildern als an lebenden Menschen zu bewundern haben.

Diese Erscheinung in dem großen und stillen, glänzend erhellten Gemach mußte auf jeden unvorbereitet Eintretenden einen überraschenden Eindruck machen, zumal die Schönheit der jungen Frau niemals zu vollerer Geltung gekommen ist als in dieser Stellung und Umgebung. Und als jetzt nach den gedämpft vernehmbar gewordenen, in zweifelndem Tone gesprochenen Worte Vogelsbergs: „Wie denn, hier hinein?" — die Tür sich öffnete und den Offizier herein ließ, der nicht in voller, sondern nur in der bequemen dunklen und einfachen Interims-Uniform und mit der Mütze erschien, so zeigte sich die Wirkung des vor ihm erscheinenden Bildes an ihm auf das auffälligste. Er trat unwillkürlich einen Schritt zurück in die Türöffnung und starrte wie betäubt auf den erleuchteten Raum und die geschmückte, unbeweglich am Tische lehnende Frau.

„Bitte treten Sie näher und schließen Sie die Tür, Herr von Vogelsberg," sagte sie nach einer kleinen Pause mit ruhiger Stimme und ohne sich zu bewegen.

„Meine gnädige Frau —!" stammelte er, ihren Willen erfüllend, aber er trat noch nicht weiter in das Gemach. —

„Bitte, Herr von Vogelsberg, kommen Sie doch näher — ich bitte darum!" sprach sie wieder im vorigen Tone und stets unbeweglich. „Ich weiß nicht, was Sie zurückhält. Sie sind doch sonst nicht so schüchtern!"

Er hatte sich inzwischen gefaßt oder doch begriffen, daß ein längeres Zögern seltsam erscheinen mußte, und nachdem er ihr ein paar Schritte näher getreten und sie noch immer mit fragendem und zweifelhaftem Blick gemustert, versetzte er gedämpft: „Verzeihung, meine gnädige Frau — aber allerdings, ich war und bin noch sehr überrascht. Erwarten Sie denn Gesellschaft?"

Sie regte sich nicht. Nur durch das Gesicht und die fest auf ihn gerichteten Augen ging eine Art von leichter Verwunderung, von der auch in dem sonst kalten Tone ihrer Stimme etwas wiederklang, als sie jetzt antwortete: „Gesellschaft? Nun, mein Herr, ich erwarte Sie, der Sie sich doch wohl für jemand rechnen werden?"

Durch das noch immer verstörte Gesicht des Offiziers zuckte etwas wie eine leise Unbehaglichkeit oder ein ebenso leiser Schreck, und mit aufs neue befangenem Tone sagte er: „Aber, meine gnädige Frau, ich verstehe wahrhaftig nicht —"

„Nicht?" fragte sie kalt, „das ist in der Tat — wunderlich! Es ist doch so einfach, mein Herr, daß es mir für Sie zuerst fast zu deutlich schien — man liebt in der feinen Gesellschaft ja gewöhnlich nicht gerade offene Worte, sondern zieht die Andeutungen vor. Allein, mein Herr, ich bin leider kein Glied dieser Gesellschaft, sondern das Kind einer sehr kleinen und bescheidenen Stadt und muß mich in meiner Weise halten," fuhr sie fort, und die bisher immer noch vollkommen ruhige, nur kalte Stimme fing allmählich an, eine leichte Beimischung von Bitterkeit — oder war es Hohn? — hören zu lassen. „Ich habe es nicht anders gelernt, als daß man jemand, der uns als guter Freund, und weil er uns mehr oder weniger wohl will, besucht, allerdings als Freund und im Hauskleide empfangen kann. Wenn dieser Jemand aber einen Zweck bei seinem Besuche hat, der mit Freundschaft Teilnahme und Wohlwollen nichts zu tun hat, oder doch weit über dies alles hinausgeht; wenn er mit einem Worte nicht als Freund — selbst nicht als irrender und sich selbst täuschender Freund, mein Herr! — sondern als Mann der „feinen" Gesellschaft kommt, so würde es nach meinen Begriffen unhöflich sein, ihn nicht als solchen aufzunehmen, — zumal, wenn der eine ein Herr von reinem Adel und die andere eine simple Bürgerliche ist."

Der Offizier schaute sie an wie betäubt, so übernahmen ihn nicht nur noch immer die ganze unvermutete und überraschende Situation, sondern auch diese dunkeln und doch nicht mißzuverstehenden Worte im Verein mit Annas ganzer wunderbarer Erscheinung und — so seltsam das auch manchem erscheinen mag — ihrer in diesem Augenblicke mehr als je hervorleuchtenden Schönheit. Die drang durch alles Staunen, allen Schreck, alle Unbehaglichkeit in Vogelsbergs Sinne. Er hatte sie noch nie so schön gesehen und nie für so schön gehalten. Wie voll von Hohn ihre letzten Worte gewesen, in ihren Zügen, in ihren dunklen Augen zeigte sich davon nichts. Sie waren kalt und stolz, und er fühlte sich vor Anna, wie sie da war, gleichsam im Bann und vermochte auch nicht, was er einer anderen gegenüber vielleicht nicht länger aufgeschoben, unter dem Deckmantel des beleidigten und ein wenig verachtenden Stolzes seinen Rückzug anzutreten.

Es währte eine ziemliche Zeit, bis er den Eindruck ihrer Worte überwunden und sich so weit gefaßt hatte, daß er sich nicht als völlig geschlagen zu bekennen brauchte. Er gewann etwas von seiner sonstigen Keckheit wieder und damit auch einen Teil der gewöhnlichen Sicherheit, und es wollte in ihm sich der Gedanke festsetzen, daß sich hinter all diesen Werten, hinter dieser ganzen Erscheinung zwar eine ziemliche Gereiztheit über — der Kuckuck mochte wissen, was! — aber auch noch ein größerer Teil Schwäche verberge. Anna für stark und selbstbewußt zu halten, hatte er ja nur wenig oder gar keinen Grund, wie wir wissen. Er zürnte sich jetzt selber, daß er sich so hatte überraschen und beherrschen lassen, aber — es half nichts, etwas von dem früheren Eindruck wurde er auch jetzt noch nicht los; am wenigsten konnte er die Situation und die Frau selbst, wie er gewünscht, lächerlich finden. Er fühlte nur, daß etwas geschehen müsse, wenn er nicht selbst lächerlich werden wollte. Es galt daher den Versuch eines Sturmes in der schon erprobten Weise — zurückweichen durfte er nicht und wollte er nicht, sowohl seiner selbst wegen, als auch um der Schönheit des so leicht geschätzten und nun unerwartet so widerstandsfähigen Weibes willen. Das sah er, sobald er sich nur einmal gefaßt, augenblicklich ein, und seine zuletzt gesenkten Augen zu den ihren mit einer Art schmachtenden Aufschlages erhebend, sagte er mit gedämpfter Stimme und in weichem Tone: „Sie bestürzen und beugen mich tief — was habe ich denn getan, Edeltrud?"

„Bitte, Herr von Vogelsberg. Ich habe Ihnen ja schon neulich gesagt, daß das der Name einer nicht mehr Existierenden ist," versetzte sie rasch. „Sie wissen doch, daß ich verheiratet, die Frau des Advokaten Wehrmann bin, und wenn ich bisher ein paarmal — exzentrische Worte von Ihnen anhörte, so darf ich wohl zur Erklärung und Entschuldigung anführen, daß diese Worte mir wirklich nicht wie an mich, sondern wie an jemand anderes gerichtet klangen, die — doch genug," unterbrach sie sich plötzlich und trat einen Schritt zurück, so daß das Licht der Lampen, welches bisher nur mehr die eine Seite ihrer Gestalt erhellt, jetzt voll auf ihr nach und nach sich lebhafter rötendes Gesicht fiel. „Genug, mein Herr, ich will mich nicht feige entschuldigen. Ich gestehe zu, daß ich auf Ihre Worte hörte, halb betäubt und

weiter behandelt werden, besonders die Fragen, die den kaufmännischen Mittelstand betreffen. Wenn ich jüngst von einer sozialpolitischen Pause sprach, so meinte ich damit natürlich nicht, daß uns nun jetzt überhaupt nichts mehr zu tun übrig bliebe. Einige Mittelstandsfragen sind besonders aktuell, so die Frage der Einschränkung des Hausierhandels, der Beschränkung der Wanderlager und die Wünsche der Kleinbetriebe auf eine zweckmäßige Ausgestaltung der Sonntagsruhe. Zu allen diesen Fragen liegen Gesetzentwürfe vor, die bereits von Kommissionen beraten werden. Als besonders dringend wird auch die Frage des Lieferungs- und Verdingungswesens hingestellt. Auch mit ihr beschäftigen sich bereits einige Kommissionen, und auch die Kommission für die Rüstungslieferung soll feststellen, ob der Staat nicht etwa zuviel bezahlt. Scheinbar ganz heterogene Kommissionen arbeiten also demselben Ziele zu. Unser Verdingungswesen bei der Armee, bei der Eisenbahn, bei jeder anderen Behörde beruht auf der Voraussetzung, daß eine große Zahl voneinander unabhängiger Konkurrenten durch ihre Angebote die Preise angemessen ausgleiche, da, wo wir mit einer freien Konkurrenz nicht mehr zu rechnen haben, ist dieses Verdingungswesen seiner wesentlichsten Voraussetzung voraus, und mußte zu Mißständen führen. Wir wollen abwarten, zu welchen Ergebnissen die Kommission über das Verdingungswesen kommt. Ich würde es bedauern, wenn sie auf einer reichsgesetzlichen Regelung bestände. In Preußen arbeitet man bereits an einer Verbesserung der geltenden Bestimmung. Was dort erzielt wird, wird auch im Reiche berücksichtigt werden. Notwendig ist es, daß das Handwerk zu großen Organisationen kommt. Eine Zentralstelle für das Verdingungswesen, vom Handwerk begründet, könnte ersprießlich wirken. Das Reich würde einen Zuschuß für die ersten Einrichtungen zur Verfügung stellen. So kommen wir trotz der scheinbar etwas langwierigen Verhandlung allmählich dem Ziel näher. Weiter wird ein Verbot des heimlichen Warenhandels gefordert. Ein solches Verbot besteht bereits im Reich und in Preußen. Ich würde bei Uebertretungen unnachsichtlich einschreiten. Unzulässig ist es auch, wenn der gemeinsame Warenbezug durch Beamte den Charakter einer großen geschäftlichen Unternehmung annimmt, und wenn sogar Waren an Verwandte und Freunde abgegeben werden. Weitere Beschwerden liegen vor über den unlauteren Wettbewerb und das Zugabewesen. Tatsächlich sind aber auf diesem Gebiet die Hilfsmittel, die das Gesetz von 1909 gibt, noch nicht überall mit der nötigen Entschlossenheit angewendet worden. Das Handwerksgesetz von 1897 scheint mir trotz mancher Mängel auf richtiger Grundlage zu beruhen. Gewisse Reformen können vielleicht durch eine spätere Novelle geschaffen werden. So beschäftigt uns noch immer die Frage, ob es möglich ist, auch große, ihrer äußeren Form nach fabrikmäßige Betriebe dem Handwerk zu erhalten, wenn sie ihrem inneren Wesen nach handwerksmäßig geführt werden. In einzelnen Streitfällen darüber, ob ein Betrieb als Fabrik- oder Handwerksbetrieb zu betrachten ist, wäre es wohl am zweckmäßigsten, die Entscheidung einem paritätischen Schiedsgericht zu überlassen. Wichtig ist weiter die Frage, ob der jetzige Zustand erhalten bleiben soll, wonach es möglich ist, daß für dasselbe Gewerbe in demselben Bezirk mehrere Innungen bestehen. Hier wird eine Aenderung dahin erfolgen können, daß in der Regel für einen Bezirk in einem Gewerbe nur eine Innung besteht. Aus meinen Ausführungen werden Sie ersehen, daß wir die Wünsche des Handwerks ernstlich prüfen. Die finanzielle Erstarkung unseres Wirtschaftslebens wird dem gewerblichen Mittelstand dadurch zugute kommen, daß bei steigendem Wohlstand die Massen der Bevölkerung in die Lage versetzt werden, an Stelle von Massenartikeln Qualitätsarbeit abzunehmen, die gerade dem Handwerk lohnende Beschäftigung bieten. (Beifall.)

Dr. Böttger (NL.): Wir wünschen keine Einschränkung des Koalitionsrechts. Die Mittelstandspolitik halten wir für eins der wichtigsten Probleme. Eine neue Organisation des Handwerks ist notwendig. Der Name „Zwangsinnung" sollte beseitigt werden. Der zweite Teil des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen sollte von Reichs wegen allgemein durchgeführt werden, damit dem Unwesen der Bauschwindler energisch entgegengetreten werden kann. Besonderen Schutzes bedürfen die Hypothekengläubiger.

Ministerialdirektor Caspar erwidert auf die Anfrage des Abg. Giesberts, daß eine Denkschrift über die Frage der Herabsetzung der Altersgrenze dem Reichstage bis Ende 1914 zugehen werde.

Bartschat (Vp.): Das Handwerk hat erkannt, daß bei den Konservativen seine wahren Freunde nicht sitzen. Durch die Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte werden zahlreiche Mittelstandsexistenzen geschädigt. Die vom Staatssekretär vor zwei Jahren in Aussicht gestellten Enqueten über die Lage der Kleingewerbetreibenden werden zu langsam betrieben. Die ersten Erhebungen werden bald völlig veraltet sein. (Sehr richtig! links) Im wirtschaftlichen Ausschuß, der vor Abschluß von neuen Handelsverträgen gehört werden wird, sollte auch das Handwerk vertreten sein. Von dem sogenannten Bunde der Handwerker wollen die großen Organisationen des Handwerks nichts wissen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Kurzawski (Pole) kritisiert die Rechtsverhältnisse der ausländischen Arbeiter. Mit diesen Arbeitern wird ein wahrer Menschenhandel getrieben. Die Verhältnisse dieser ausländischen Arbeiter sollten einheitlich durch das Reich geregelt werden etwa nach dem Muster des gleichen dänischen Gesetzes. (Bravo! bei den Polen.)

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 7 Uhr.

---

halb bewegt, weil ich an ihre Wahrheit und — ich bin ein simples Kind aus einer kleinen, einfachen Stadt — auch an ihre Reinheit glaubte, weil ich durch manches, was sich in jenen Tagen zusammendrängte, mich niedergedrückt und durch den Ausdruck eines so schönen, treuen Gefühls mich getröstet und erhoben fühlte: weil ich endlich wußte, daß ich Ihnen dieses Gefühl am Ende nicht verbieten könnte, und törichterweise annahm, daß es in meiner Nähe, vor meinen Augen sich am ersten in das notwendige ruhig-schöne Maß einer treuen, herzlichen, reinen Zuneigung finden werde.

„So habe ich gerechnet, mein Herr," fuhr sie fort, während Vogelsberg aufs neue bestürzt ihr nur scheu in die aufblitzenden Augen zu sehen wagte, „und — es war falsch. Ich habe seitdem erfahren, daß Sie nicht von Herzen so zu mir redeten, sondern aus Berechnung, daß Sie in mir keine Frau sahen, die einer Verehrung wert, sondern nur eine Närrin oder ein — schlechtes Weib, das sich entweder leicht berücken lasse oder am Ende gar nur berückt werden wolle, daß zwischen mir und Ihnen kein Verkehr möglich sei, wie ich ihn allenfalls für nicht ganz unmöglich und wenigstens am Ende für unschuldig gehalten. Und weil ich Ihnen das andeuten wollte und weil ich hoffte, mit Ihnen ohne viele Worte ins reine zu kommen, darum habe ich es vorgezogen, heut und fortan stets vor Ihnen nicht als schlichte und häusliche Frau, sondern als Dame der Gesellschaft zu erscheinen. Es ist Ihnen sicher doch schon längst geläufig, was einer solchen gebührt und was Ihnen einer solchen gegenüber zukommt? Ich nehme das fortan in Anspruch, mein Herr."

Wiederum hatte sich der Offizier zu fassen gesucht, und indem sein Gesicht jetzt den Ausdruck — wir möchten fast sagen: beleidigter Unschuld annahm, verbeugte er sich tief und sprach in zeremoniösem Tone: „Sie haben recht, meine gnädige Frau, was Sie beanspruchen, ist mir geläufig, und ich werde fortan bestrebt sein, Ihnen keinen neuen Grund zur Klage über mich zu geben. Erlauben Sie mir, daß ich mich zurückziehe."

„Mit Vergnügen," antwortete sie jetzt wieder vollkommen kalt und mit festem Blick. „Und nicht wahr, Herr von Vogelsberg, wenn einer Ihrer damaligen Tischgenossen, zum Beispiel der Hauptmann Hamilton oder der Baron Lingelsheim, oder irgend ein anderer Mensch, Sie nach dem Stande jener entfernten Weise fragt, so können Sie hoffentlich mit dem guten Gewissen und der Entrüstung eines Ehrenmannes, dem man eine unerhörte Unwürdigkeit zuzutrauen wagt, erwidern, daß es nur ein wahnsinniger und selbst so kaum zu entschuldigender Einfall eines Trunkenen gewesen, von dem der Nüchterne bisher gar keine Ahnung mehr gehabt und dessen er sich gründlich schäme? Nicht wahr, mein Herr, das können Sie doch?" Und indem ihr Blick sich jäh so tief verdunkelte, daß das Blau ihrer Augen sich fast in Schwarz zu verwandeln schien, setzte sie mit vibrierender Stimme hinzu: „Nicht wahr, Herr von Vogelsberg, Sie überheben mich der traurigen Notwendigkeit, mein Recht — nicht durch einen einzelnen, denn jeder einzelne wäre ja gut dazu! — sondern durch das Urteil der Gesellschaft und des gesamten Publikums berichten und mich durch dies Urteil rächen zu lassen?"

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei.

Preßprozeß. Vom Düsseldorfer Schöffengericht wurde der Verantwortliche der „Düsseldorfer Volkszeitung", Gen. Gerlach, zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er die bureaukratischen Gepflogenheiten eines Neußer Rechtsanwalt in humoristischer Form kritisiert hatte.

Unter der Anklage der Nötigung und des Hausfriedensbruchs standen am Sonnabend vier organisierte Arbeiter vor dem Neußer Schöffengericht. Die vier Angeklagten verkehrten ständig bei dem Wirt Servaes in Neuß, den sie dabei wiederholt um Auslegung der „Volkszeitung" ersuchten. Der Wirt verhielt sich stets ablehnend, und als die Arbeiter einmal wiederkamen, weigerte er sich, ihnen Getränke zu verabfolgen. Es kam zu einer Auseinandersetzung, deren Folge war, daß der Wirt Anzeige gegen die Arbeiter wegen Hausfriedensbruchs erstattete. Der Amtsanwalt dehnte die Anklage auch auf Nötigung aus. Doch selbst das Schöffengericht dieser schwarzen Gegend kam zu einer Freisprechung.

Der Kongreß der sozialistischen Partei Frankreichs. In der alten nordfranzösischen Stadt Amiens trat am Sonntag, dem 25. Januar, der neunte Nationalkongreß unserer französischen Bruderpartei zusammen. Zur Eröffnung erschollen die Klänge der „Internationale" und des Liedes „Krieg dem Krieg". Genosse Lecointe, Kammerabgeordneter des Departements Somme, eröffnete als Vorsitzender die erste Sitzung. Er hieß die Delegierten willkommen und begrüßte die Abgesandten der auswärtigen Bruderparteien. Die unzerstörbare Einigkeit der französischen Partei habe die günstigsten Resultate gezeitigt. Darum sind auf unsere Beratungen die Augen des gesamten französischen Proletariats gerichtet. Von dem, was wir in den nächsten Sitzungen beschließen, wird und muß eine lange Periode des Gedeihens und des Wachstums an Mitgliedern für die französische Sektion der proletarischen Internationale ausgehen. Nach diesen Worten des Genossen Lecointe sprach der Genosse Müller vom deutschen Parteivorstand: „Ich bin versichert und überzeugt, daß in der Zeit des Weltimperialismus unsere Verbindung immer enger wird und daß es notwendig ist, die Bande der französisch-deutschen Freundschaft fester und fester zu knüpfen." Er erinnerte an Bebel, der ein großer Anhänger dieser Freundschaft war und dankte der Stadt Limoges, daß sie Bebel dadurch ehrte, indem sie einer ihrer Straßen seinen Namen gab. „Bürger", schloß er, „bei den kommenden Wahlen wird Euer Sieg unser Sieg sein! Ohne zu glauben, daß die Wahlschlachten die entscheidenden Schlachten sind, messen wir ihnen doch eine große Wichtigkeit bei. Aus diesem Grunde wünschen wir Euch den größten Erfolg." Von den Abgesandten der auswärtigen Parteien sprachen noch Genosse Wauters von der belgischen Arbeiterpartei und Genosse Ubeč von der tschechisch-slawischen Sozialdemokratie. Nach dem Dank des Vorsitzenden an die auswärtigen Parteien für ihre Anteilnahme an den Beratungen des Kongresses und dem Verlesen der Begrüßungstelegramme wurde die erste Sitzung geschlossen. Die zweite Sitzung begann nachmittags 2 Uhr. Der erste Punkt der Tagesordnung behandelte die erstatteten Berichte. Man beriet zuerst den Bericht des Parteisekretariats. Der Bericht bestätigt, daß in den letzten zwölf Monaten die Tätigkeit innerhalb der Partei eine besonders intensive gewesen ist. Dadurch, daß die Partei an der Spitze der Bewegung gegen die militaristische Reaktion marschierte, hat sie ihren moralischen Einfluß bedeutend gesteigert. Viertausend neue Mitglieder wurden der Partei zugeführt, 46 Föderationen haben ihren Mitgliederstand erhöht, drei blieben auf derselben Zahl und 34 haben eine kleine Einbuße zu erleiden gehabt. Daneben ging die erfolgreiche Tätigkeit zur Ausbreitung der „Humanite". In der Diskussion über diesen Bericht wurde gefordert, daß die Agitation noch besser organisiert werde. Jaurès erklärt, daß wohl alle damit einverstanden seien, die Agitation noch besser zu organisieren. Ohne optimistische Uebertreibung könne er aber sagen, daß die Partei am Vorabend eines großen Aufschwunges stehe. Die Zeit des systematischen Mißtrauens zwischen der sozialistischen und der syndikalistischen Bewegung nahe ihrem Ende, sodaß dieses Hindernis der Zunahme der Partei an Mitgliedern verschwinde. Nach einer Aussprache über das gegenwärtige Mitteilungsblatt der Partei, „Le Sozialiste", wobei der Wunsch ausgesprochen wurde, das Blatt in eine Revue umzugestalten, wurden sämtliche Anträge an die Kommission der Propaganda verwiesen. Den Bericht über das internationale Bureau gab der alte Genosse Vaillant. Nach einer Ehrung der Toten der französischen Partei erstatteten die Genossen Brache und Lauche den Bericht über die „Humanite". Der gesamte Absatz der „Humanite" beträgt rund 88 000 Exemplare, die Auflage 117 000. Der Kongreß sprach unter lebhaftem Beifall dem Leiter der „Humanite" sein Vertrauen aus. — Der Kongreß vertagte sich dann auf Montag.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag, dem 27. Januar, trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen. Diese 1900 gegründete Partei ist eigentlich eine Federation von Organisationen, denn sie zählt nicht Einzelmitglieder, sondern rechnet nur mit angeschlossenen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Die Labour Party wurde gegründet, um die Gewerkschaften von den Liberalen loszureißen und mit den sozialistischen Organisationen zusammenzuführen. Bis jetzt gelang es noch nicht, die Absicht voll zu verwirklichen, weder im Hinblick auf die Gewerkschaften, noch so weit die verschiedenen sozialistischen Organisationen in Frage kommen. Die britische sozialistische Partei, die sich im Laufe der Zeit aus der Social Democratic Federation entwickelte, steht der Arbeiterpartei noch fern. Die Gegensätze beruhten im wesentlichen darin, daß die Labour Party ablehnte, ein sozialistisches Programm aufzustellen und den Klassenkampf anzuerkennen. Die bevorstehende Konferenz wird neuen Einigungsversuchen dienen. Einigungsversuche können es nur sein, denn die Delegationen der verschiedenen Gruppen können nicht endgültig beschließen, die Entscheidung liegt bei den einzelnen Organisationen selbst. Differenzpunkte sind noch reichlich vorhanden. Einer der wesentlichsten beruht darin, daß die britische sozialistische Partei, um den Arbeitervertretern größere Unabhängigkeit den Liberalen gegenüber zu sichern, die Einführung des Proportionalwahlsystems fordert, während Macdonald, der Führer der unabhängigen Arbeiterpartei und gleichzeitig Labour Party, den Proporz bekämpft und sich mit einem „alternativen" Wahlsystem begnügen will, bei dem der Wähler mehr Kandidaten wählen kann, aber die Reihenfolge der von ihm empfohlenen Kandidaten bestimmt. Der soeben erschiene Bericht der Labour Party teilt mit, daß rund 186 000 Mark Mitgliedsbeiträge im Jahre 1913 gegen 146 800 Mark im Vorjahre eingegangen sind. Die Ausgaben beliefen sich indessen auf über 204 000 Mark. Im Parlament sitzen 39 Vertreter der Arbeiterpartei. Angeschlossen waren der Labour Party 1913 1330 Gewerkschaften mit 1 858 000 Mitgliedern gegenüber 41 Gewerkschaften mit 353 000 Mitgliedern im Jahre 1900, ferner zwei sozialistische Organisationen mit 31 200 Mitgliedern gegen drei sozialistische Organisationen mit 22 800 Mitgliedern im Jahre 1900. Die Labour Party umfaßt also fast 1 900 000 gewerkschaftlich und politisch Organisierte und bildet so zweifellos eine Macht, mit der, wenn sie richtig angewendet wird, gerechnet werden muß.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik der Berliner Etuisarbeiter. Die „Arbeitgeber-Zeitung" beschäftigt sich in der ihr eigenen Art mit dem Streik der Etuisarbeiter. Nach einer Reihe unwahrer Behauptungen über die Höhe der Löhne der Etuistischler versucht sie dann, den Arbeitern die Schuld an diesem Kampfe in die Schuhe zu schieben, die es hier zu einer Machtfrage hätten kommen lassen. Natürlich verschweigt sie, daß die Unternehmer es waren, die vor Ausbruch des Streiks jedwede Verhandlung vor dem Gewerbegericht ablehnten. Wie sagte doch der Herr Generalsekretär der Unternehmer am 26. September: „Meine Herren, wir lehnen jede Verhandlung ab, auch einen Schiedsspruch des Einigungsamtes werden wir von vornherein ablehnen, wir bestehen auf den von uns gemachten Vorschlägen." Also hier war es — wahrscheinlich der Schreiber des Artikels selber, der die Machtfrage aufrollte. Die Arbeiter sollten sich dem Machtspruch des Herrn Generalsekretärs fügen und die von ihm gnädig zugestandenen Lohn- und Arbeitsbedingungen annehmen. Dies lehnten die Berliner Etuisarbeiter einstimmig ab und die Arbeit wurde ebenso einmütig niedergelegt. Mit seltener Entschlossenheit führen sie diesen Kampf, um sich ihr Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, das sie seit länger als 10 Jahren besitzen, nicht entreißen zu lassen. Die Arbeiter waren jederzeit bereit, durch Verhandlungen den Konflikt zu vermeiden bezw. beizulegen, aber die Unternehmer bezw. ihr Vorsitzender wollten diktieren, ohne auf die berechtigten Forderungen der Arbeiter Rücksicht zu nehmen. Jetzt, wo den Herren klar geworden ist, was sie angerichtet haben, und nachdem sie nicht mehr aus noch ein wissen, schreien sie nach Polizei und Staatsanwalt. Die vermaledeiten Hetzer (gemeint sind damit die Angestellten der Organisation) wünschen sie ins Zuchthaus. Dann erst würde sich wohl der Arbeiter von den Scharfmachern das Fell über die Ohren ziehen lassen. Also haben die 10-Mark-Prämien, die die Unternehmer für jeden Arbeitswilligen ausgesetzt haben, auch nicht den gewünschten Erfolg gebracht, obwohl alle Winkel und Ecken nach Rausreißern durchsucht werden und trotzdem jeder einsmals Versemte freudig aufgenommen wird. Aber ganz überflüssig ist es, daß sich der Herr Generalsekretär um die Not der Familien der Streikenden den Kopf zerbricht. Bisher ist für genügende Unterstützung der Streikenden gesorgt und auch für die Zukunft wird kein Mangel eintreten. Auch sind die Ausständigen nicht „streikmüdig", wie der Herr vorgibt, sondern stehen einmütig geschlossen wie ein Mann, solange es gilt, das Machtwort des Generalsekretärs zurückzuweisen. Kurzum, aus jeder Zeile dieses Geschreibsels spricht nicht blos der Scharfmacher in höchster Vollendung, sondern auch die Wut, daß es anders gekommen ist, als man sich gedacht hatte. Die Streikenden werden sich nicht irremachen lassen, und über Anfang und Ende des Streiks selbst bestimmen. Der letzte verzweifelte Versuch, durch Scharfmachen gegen die Führer die Situation zu retten, ist zwecklos, Herr Generalsekretär!

Eine Hilfsaktion für die arbeitslosen Holzarbeiter ist vom Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes in die Wege geleitet worden. In der neuesten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung" wird, wie wir aus dem Verbandsbureau der Holzarbeiter erfahren, ein Aufruf an die Mitglieder erfolgen, in dem die Mitglieder des Verbandes ersucht werden, in allen Zahlstellen des Verbandes, auf den Arbeitsplätzen usw., freiwillige Sammlungen zur Unterstützung der ausgesteuerten, arbeitslosen Mitglieder zu veranstalten. Aus der Verbandskasse ist auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes und Ausschusses des Holzarbeiterverbandes eine beträchtliche Summe zu dem gleichen Zweck bewilligt worden. In dem genannten Aufruf sagt der Verbandsvorstand: „Die große Not unserer arbeitslosen Mitglieder in allen Teilen des Reiches ruft nach Hilfe. Zwanzigtausend Kollegen liegen arbeitslos auf der Straße, viele Tausende davon schon seit Wochen und Monaten. Die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes hat ihnen zwar in den ersten Wochen geholfen, den Hunger zu stillen und wenigstens das nackte Leben zu fristen. Aber gewaltig ist die Zahl derer angewachsen, die nach Ablauf der statutarischen Unterstützung des Verbandes noch immer der Arbeitslosigkeit mit allen ihren Schrecken ausgesetzt sind. . . . Zu ungeahnten Riesensummen haben sich die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung gesteigert. Weit über zwei Millionen Mark sind im letzten Jahre insgesamt von unserem Verband für diesen Zweck aufgewendet worden. In jeder Woche werden jetzt ca. 60 000 Mark von der Hauptkasse und den Lokalkassen des Verbandes zur Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder im ganzen Land ausgezahlt. Aber die große Zahl der Ausgesteuerten wartet noch immer auf Arbeit und Verdienst. Die Besserung der Konjunktur ist bisher ausgeblieben und ist auch für die nächsten Wochen leider noch nicht zu erhoffen. Der kalte Winter dagegen vermehrt das Elend und den Jammer in den hungernden Familien. Niemals war daher der Anlaß größer, an das Solidaritätsgefühl der organisierten Kollegenschaft zu appellieren, als jetzt angesichts dieser traurigen Lage unserer ausgesteuerten Verbandskollegen . . . Wohl wissen wir, daß viele arbeitende Kollegen jetzt schwer zu kämpfen haben, weil sie durch verkürzte Arbeitszeit und erhebliche Schmälerung ihres Lohnes selber Not leiden. Umso größer muß deshalb die Opferwilligkeit aller anderen Mitglieder sein, die noch nicht in so schwerem Maße von diesen Begleiterscheinungen der Krisis betroffen wurden und daher imstande und auch gewiß gern bereit sein werden, ihr Möglichstes für die Unter-

stützung der Ausgesteuerten zu opfern. An die Zahlstellenverwaltungen wird die Aufforderung gerichtet, baldmöglichst die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und den Ertrag der freiwilligen Beiträge ohne Zeitverlust an die Hauptkasse einzusenden. Die eingehenden Beiträge werden öffentlich quittiert. Alle Vertrauensleute in den Werkstätten und Fabriken sind hiermit dringend gebeten, die Sache in die Hand zu nehmen und die Verwaltungen nach Kräften zu unterstützen, damit diese außerordentliche Unterstützungsaktion für die ausgesteuerten Arbeitslosen einen guten Erfolg bringt." Dieser Appell wird an die deutschen Holzarbeiter nicht wirkungslos vorübergehen. Das Reich und auch die meisten Einzelstaaten entziehen sich bisher immer noch der für sie sittlichen Pflicht, öffentliche Mittel zur Linderung der unter den Arbeitslosen herrschenden Not bereit zu stellen. Und auch nur wenige Gemeinden haben Unzulängliches in dieser Beziehung getan. Daher sind die Arbeiter, sind die Gewerkschaften gezwungen, noch mehr als bisher zur Selbsthilfe zu greifen, um, so gut es eben möglich ist, das schlimmste Elend abzuwenden. Wenn man bedenkt, daß nach der Statistik des Holzarbeiterverbandes allein im Monat Dezember 1913 28876 Verbandsmitglieder arbeitslos waren, von denen aber nach den statutarischen Bestimmungen nur 10803 Arbeitslosenunterstützung erhielten, wird man sich eingestehen müssen, daß der Ausruf des Verbandes zu weiteren Leistungen an die Arbeitslosen in des Wortes ernstester Bedeutung ein Notschrei ist. Möge der Erfolg die Mühe lohnen, das würde ein schöner Beweis echter Solidarität sein.

Syndikats-Terror. Um die Wiedererneuerung des „Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes" sind bekanntlich außerordentlich heftige Kämpfe geführt. Ueber das terroristische Treiben mächtiger kapitalistischer Interessen gibt der Artikel eines Beteiligten, eines Herrn Adam Klein, den dieser in der „Dortmunder Zeitung" veröffentlichte, Aufschluß. Klein ist zweiter Vorsitzender des Aufsichtsrats und Hauptaktionär der Portland-Zement- und Kalkwerke „Deutschland"; er erzählt, daß seinen Kollegen aus Rheinland und Westfalen das von ihm mit dem Syndikat getroffene Abkommen nicht gepaßt habe. Sie hätten sich hinter Banken und Lieferanten gesteckt, um Forderungen aufzukaufen und ihm alle möglichen Schwierigkeiten zu machen. In den Verhandlungstagen habe ein Mitglied der Werbekommission zu ihm gesagt: „Wir machen Sie kaput!" Ein anderes Mitglied habe gesagt: „Ich wünschte, Sie wären kurz und klein!" Jemand habe bei der Sache zu Unrecht 100 000 Mk. verdienen wollen. Es seien Millionen geradezu weggeworfen worden, „aber anderen kleinen Leuten wollte man nichts gönnen, sondern ihnen den Hals umdrehen". Einigen, die das größte Wort führten, bewilligte man dagegen jede Beteiligungsziffer. Einzelnen Firmen wurden sogar alte Fabriken, die außer Betrieb sind, voll eingeschätzt. Die Regierung und die Scharfmacher mögen dies sehr beweiskräftige Terrorismusmaterial ihren Mappen einverleiben.

Vom französischen Anti-Funktionarismus. Zu jenen „ismen", die in der französischen Arbeiterbewegung schon ungeheuer viel Unheil angerichtet haben, gehört zweifellos auch der „Anti-Funktionarismus", jene „Lehre", nach der die Funktionäre in der Arbeiterbewegung, besonders die besoldeten, nur für kurzfristige Perioden gewählt und nach Ablauf des Mandats durch neue Kräfte ersetzt werden sollen, zu dem Zwecke, um die Bureaukratisierung der Bewegung zu verhindern. In jenen Organisationen, wo diese Lehre durchdrang, war die logische Folge, daß stets Neulinge oder „Lehrlinge" an den leitenden Stellungen standen, denn sobald sie sich eingearbeitet hatten, wurden sie wieder hinausgewählt, damit das genannte Prinzip nicht verletzt werde. Sogar in den allgemeinen Gewerkschaftskongressen ist diese Frage sehr lebhaft diskutiert worden, ohne allerdings dort feste Beschlüsse in der angegeben Richtung zu zeitigen. Anders in manchen der angeschlossenen Verbände. Kürzlich erst wurde sie auf dem Kongresse der Metallarbeiter leidenschaftlich diskutiert und Merrheim, der Sekretär der Metallarbeiter, der zweifellos zu den besten Köpfen der französischen Gewerkschaftsbewegung gehört, rechnete gründlich ab mit jenen Querulanten, die unter dem Deckmantel von angeblich demokratischen Prinzipien die Organisationen so sträflich mißhandeln. Die Gegner der Wiederwählbarkeit der Beamten erlitten denn auch ein glänzendes Fiasko. Ebenso rechnete Merrheim ab mit jenen, die die Führer der Gewerkschaften wegen der in der letzten Zeit angeblich vorgenommenen Aenderung der Taktik heftig angriffen. Merrheim hat in letzter Zeit, und zwar anläßlich des internationalen Metallarbeiterkongresses in Berlin, eigene Studien in Deutschland gemacht und auf Grund dieser für die französische Bewegung eine Reihe von Lehren in der Heimat zu verwenden getrachtet. Ihm und manchem seiner Kollegen hat das die Feindschaft der „wahren Revolutionäre", d. h. der Anarchisten, eingebracht, und diesen ist es jetzt unglaublicherweise gelungen, seinen Ausschluß aus der lokalen Gewerkschaft, der er angehörte, zu erzielen. Dadurch ist er seine Stellung als Sekretär der Metallarbeiter-Föderation wie auch seinen Sitz in der Gewerkschaftszentrale los, und das alles, weil seine Gegner andere Ansichten in taktischen Fragen haben! Sogar Jouhaux, der Sekretär der Gewerkschaftszentrale, schreibt in einem Artikel über diesen Fall von „einem Uebel, das bekämpft werden muß". Auch die Bauarbeiter und andere größere Organisationen sind infolge ähnlicher Vorgänge in der letzten Zeit einen Teil ihrer besten Funktionäre losgeworden. Hoffentlich werden diese Vorfälle den Verlauf der „Krise in der französischen Gewerkschaftsbewegung", von der gewisse Leute gern sprechen, beschleunigen, ohne der Bewegung weiteren dauernden Schaden beizufügen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland im Jahre 1913. In den kürzlich erschienenen Berichten der russischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1912 wird die Zahl der Gewerkschaften zu Ende des Berichtsjahres auf 538 angegeben. Mangels einer geordneten Gewerkschaftsstatistik in Rußland ist es zurzeit unmöglich, diese Behauptung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Indessen weist, wie die „Neue Arbeiterzeitung" in Petersburg erklärt, eine Reihe von Umständen darauf hin, daß die Zahl der bestehenden Gewerkschaften von offizieller Seite stark übertrieben wird. Dasselbe Blatt gibt auf Grund der Chronik der Arbeiterpresse folgende Zusammenstellung der Gewerkschaften, nach einzelnen Berufen geordnet. Am zahlreichsten sind, was bei den russischen Verhältnisse durchaus begreiflich ist, die Vereinigungen und Organisationen der Handlungsgehilfen. Im Einklang mit dem von verschiedenen Elementen durchkreuzten Charakter der Masse der Handlungsangestellten gibt es denn auch Fachorganisationen der Handlungsangestellten, die dem Geiste des Klassenkampfes fremd, ja zuweilen feindlich gegenüberstehen. Gewerkschaften der Handelsangestellten, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, gibt es zurzeit in Petersburg (drei Vereine), Wilna, Charkow, Bachmut, Mariupol, Rostow am Don, Noworossisk, Baku, Orenburg, Krasnojarsk, Werchneudingsk, Blagoweschtschenks, Iwanowo-Wosnesensk. Nach den Handlungsgehilfen folgen die Arbeiter des Druckereigewerbes, deren Organisationen in folgenden Städten zu finden sind: Petersburg, Moskau, Ostseeprovinzen, Wilna, Witebsk, Kiew, Nowgorod, Rostow am Don, Bachmut, Tomsk, Baku, Blagoweschtschensk und Samara. Die Metallarbeiter besitzen 9 Gewerkschaften und zwar in Petersburg, Riga, Jurjew, Wilna, Lodz, Kiew, Odessa, Rostow am Don und Tula. Die Holzarbeiter besitzen Gewerkschaften in Petersburg, Moskau, Riga, Jurjew, Lodz, Kiew, Odessa, Rostow am Don und Saratow. Die Bäcker und Konditoren besitzen 8 Gewerkschaften, die Schneider ebensoviel, die Schuhmacher 6, die Gastwirtsgehilfen 5, die Textilarbeiter, die Bureauangestellten und die Pharmazeuten je 4, die Steinsetzer und Lederarbeiter je 3, die Bauarbeiter 2. Ferner werden in dieser Statistik 25 weitere Gewerkschaften angeführt, die auf einzelne Berufe und Industrien entfallen. Diese Statistik ist zwar noch lückenhaft, sie entspricht aber jedenfalls weit eher der Wirklichkeit als die schönfärberische Statistik der Fabrikinspektoren, der offenbar die Tendenz zugrunde liegt, zu zeigen, daß die Arbeiter sich auch unter dem bestehenden Vereinsgesetz gewerkschaftlich zu organisieren vermögen. Zeigt schon die oben angeführte Statistik, wie falsch diese Auffassung wäre, so würde sie noch mehr bekräftigt werden durch eine nähere Schilderung der Einschränkungen und behördlichen Verfolgungen, die die Arbeiter im Kampfe um die Existenz ihrer Gewerkschaften und um die Verwirklichung ihres „Vereinsrechtes" zu überwinden haben.

Textilarbeiterstreik in Almelo (Holland). In der Textilstadt Almelo ist am 26. Januar ein Streik von 700 Arbeitern und Arbeiterinnen in zwei Konfektionsfabriken ausgebrochen. Als der Streik in der vorigen Woche angekündigt wurde, berief der Bürgermeister der Stadt die Delegierten sämtlicher örtlicher Arbeiterorganisationen zu einer Konferenz auf das Rathaus, und beriet mit ihnen über die beste Methode, während des Streiks die Ordnung in den Straßen aufrechtzuerhalten. Die Arbeiter sicherten dem Bürgermeister zu diesem Zweck ihre bereitwillige Hilfe zu. Auch in Holland ist ein Bürgermeister, der in so demokratischer Weise verfährt, eine große Ausnahme. Das Rätsel seiner absonderlichen Haltung erklärt sich aber sehr einfach, wenn man weiß, daß in der Gemeindevertretung Almelos von 19 Mitgliedern 9 Sozialdemokraten sind.

Soziales.

Die Arbeitslosigkeit in der Hutindustrie. Die Arbeitslosenzählungen des Verbandes der Hutarbeiter wiesen für die Jahre 1912 und 1913 sehr unterschiedliche Zahlen auf, die die Wirkungen der Krise auch in dieser Industrie deutlich erkennen lassen. Bei einer Mitgliederzahl von 11 660 im Jahre 1913 (im Jahre 1912 waren es 10 812) wurden 11 941 Arbeitslosenfälle gezählt gegen 8961 Fälle im Jahre 1912. Viel größer aber ist die Dauer der Arbeitslosigkeit. Während 1912 die Zahl der Arbeitslosigkeitstage 286 376 betrug, stieg sie 1913 auf 480 334, also um 40 Proz. Eine ähnliche Steigerung zeigen auch die auf das einzelne Verbandsmitglied entfallenen Arbeitslosentage; kamen im Jahre 1912 auf das arbeitslose Mitglied 26½ Tage, so 1913 etwas über 41 Tage. Auch die für am Orte oder auf der Reise arbeitslosen Mitglieder gezahlten Unterstützungen weisen eine beträchtliche Zunahme auf. Im Jahre 1912 verausgabte der Verband dafür 61 377 Mk., im Jahre 1913 dagegen 88 474 Mk. Als Arbeitslosigkeitstage sind nicht mitgerechnet die Tage, an denen mit der Arbeit ausgesetzt wird. Die Aussetzetage sind so hoch wie die Arbeitslosigkeitstage. Zwei Drittel der Arbeitslosigkeitstage entfallen auf 3000 Näherinnen in der Strohhutindustrie. Diese Zahlen beweisen besser als viele Worte, wie schwer die Hutarbeiter und -Arbeiterinnen von der Krise betroffen sind. Die Zahlen bilden aber auch mit eine eindringliche Mahnung an die Gemeinden, die Bundesstaaten und an das Reich, unverzüglich eine wirksame Arbeitslosenfürsorge eintreten zu lassen.

Denkschrift für die Arbeitslosenversicherung. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat ihre erstmalig 1911 erschienene Denkschrift über die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde in erweitertem Umfange neu herausgegeben. Die neue Auflage enthält eine Vervollständigung der gewerkschaftlichen Statistik für die Jahre 1910 bis 1912, die Beschlüsse des deutschen Gewerkschaftskongresses zu Dresden (1911) und die seit dem Jahre 1911 in Kraft getretenen Gesetze und städtischen Satzungen, die sich auf die Arbeitslosenversicherung beziehen, so das englische Versicherungsgesetz 1911 sowie die Satzungen von München, Stuttgart, Eßlingen, Schwäbisch-Gmünd ,Kaiserslautern und Mannheim und die umgestalteten Satzungen der Kölner städtischen Rückversicherungskasse im vollen Wortlaut. Die Denkschrift geht den Regierungen, Parlamenten und den Gemeindeverwaltungen und Vertretungen der größeren Städte sowie den Redaktionen einer großen Anzahl von Zeitungen zu. Sie enthält vorzügliches Material zur Einführung der Arbeitslosenversicherung in den statistischen Unterlagen der deutschen Gewerkschaften; die Anlagen umfassen zwei Resolutionen, 5 Landesgesetze, 16 Gemeindesatzungen und einen Entwurf. Sie vertritt den Standpunkt des Genter Systems, d. h. der Gewährung öffentlicher Zuschüsse an Arbeitslosenunterstützung zahlende Gewerkschaften und der Schaffung von Ersatzkassen für Nichtorganisierte und Nichtversicherte. Dieses System liegt der dänischen, norwegischen, französischen und Basel-kantönlichen Arbeitslosenversicherung sowie den weitaus meisten der seither zur Einführung gelangten gemeindlichen Arbeitslosenversicherungen in Deutschland zugrunde und bildet auch die Voraussetzung für die durch die Regierung Bayerns beschlossenen Staatsbeihilfen für Gemeinden mit Arbeitslosenversicherung. Es ist zu erwarten, daß die stark anwachsende Arbeitslosigkeit eine große Anzahl von Gemeinden zu ähnlichen Schritten drängen wird. Zur Beratung aller dahinzielenden Schritte wird die Denkschrift der deutschen Gewerkschaften den interessierten Kreisen gute Dienste leisten. Die Denkschrift, welche 144 Seiten Kanzleiformat umfaßt, ist von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin SO. 16, Engelufer 15, zu beziehen.

Erhebungen über die Arbeitslosigkeit in Lippe. Die Regierung des Fürstentums Lippe hat die Gemeinden des Landes ersucht, Feststellungen über den Grad der Arbeitslosigkeit zu machen und im einzelnen anzugeben, ob und welche Notstandsarbeiten ausgeschrieben worden seien. Bei den 13 000 alljährlich ins Land zurückkehrenden Wanderarbeitern macht sich im Winter die Arbeitslosigkeit stark bemerkbar und eine Reichsarbeitslosenversicherung würde gerade hier besonders wohltätige Folgen haben. Bei der bekannten Abhängigkeit der kleinen Staaten ist es allerdings fraglich, ob die lippesche Regierung ihre Feststellungen zu einem Vorgehen im Bundesrat verwerten will.

Denkschrift über den Geburtenrückgang. Wie die „Berliner Volkszeitung" hört, soll über die Erhebungen, die über den Rückgang der Geburten angestellt sind, eine eingehende Denkschrift ausgearbeitet werden, die dem zuständigen Ressortminister vorgelegt werden wird. Gegenwärtig sind noch nicht alle Berichte, die hierüber eingefordert wurden, bei dem zuständigen Ressort eingegangen. Es wird angenommen, daß der Geburtenrückgang zum nicht geringen Teil auf den Gebrauch von vorbeugenden Mitteln zurückzuführen ist, und auf Feststellungen dieser Art wird besonderes Gewicht gelegt. Dementsprechend erstrecken sich die Feststellungen vornehmlich auch auf den Umfang der Verbreitung der Antikonzeptionsmittel, worüber bereits zahlreiche Berichte eingegangen sind.

Neue Angriffe auf die Schöneberger Ortskrankenkasse. Im Kampfe gegen die Ortskrankenkasse zeichnet sich in letzter Zeit der „Berl. Lok.-Anz." von allen jenen Blättern, welchen die „ganze Richtung" nicht paßt, besonders aus. Oft hat er Angriffe auf die Kassenverwaltungen gebracht und in dem Kampfe der Herrschaften um eine Dienstbotenkrankenkasse war das Blatt führendes Organ. In der Abendausgabe vom Montag bringt nun der „Lok.-Anz." wieder einen gegen die Schöneberger Ortskrankenkasse gerichteten Artikel unter der Rubrik: „Das Armutszeugnis". In dem Artikel, der von der arbeiterfeindlichen Presse wieder stark ausgeschlachtet wird, heißt es u. a.: „Bei der letzten Tagung der Aerztekammer der Provinz Brandenburg kam zur Sprache, daß die Aerzte der Schöneberger Ortskrankenkasse ihre Steuerzettel haben einreichen müssen, um ihre Bedürftigkeit nachzuweisen. Wem es glückte, seine von der Powertee herrührende Armut dazutun, der wurde mit einem Kassenarztposten begnadet. Der Steuerzettel als Armutszeugnis, das ist also die neueste Frucht vom Baume sozialpolitischer Erkenntis . . . . Was ist denn hier geschehen? Doch nichts anderes, als daß die wirtschaftliche Notlage eines schwachen Einzelnen zur Grundlage von Verhandlungen gemacht wurde von der finanziell unverhältnismäßig stärkeren Kasse. Im weiteren wird in dem Artikel vom „Terror" der Schöneberger „Duodez-Tyrannen" gesprochen und die Kassenverwaltung wird wie folgt denunziert: „Nachdem wir in Berlin bereits gehört haben, daß sich die Sozialdemokratischen Aerzte zu einem Berufsverein zusammenschließen wollen, kann man sich der Vermutung nicht erwehren, als ob die Schöneberger Ortskrankenkasse, bewußt oder unbewußt sei dahingestellt, in derselben Richtung bei Vergebung der Kassenarztposten arbeitet." Der Kern des Angriffs gipfelt nun aber in folgendem Schluß: „Verwunderlich ist nur das eine, daß sich wirklich 42 Schöneberger Aerzte fanden, die mit dem Steuerzettel in der Hand unter dem kaudinischen Kassenjoch hinwegkrochen und um augenblicklicher Vorteile willen sich von der großen Mehrheit der Kollegenschaft absplitterten, ihr in den Rücken fielen und den Organisationsgedanken verleugneten. Im sozialdemokratischen Höflichkeitslexikon finden sich für diese Art von „Arbeitswilligen" anmutige Bezeichnungen."

Von eingeweihter Seite wird uns hierzu geschrieben: Das Machwerk erkennt man schon an seiner Einleitung. Nie hätten die Gegner der Ortskrankenkasse lange Wochen hindurch schweigen können, ohne den „Fall" gründlich auszunutzen. Auch hätten die „Freunde" der Ortskrankenkassen im preußischen Landtage am Montag bei der Beratung der Interpellation über die Dienstbotenversicherung die Angelegenheit sicher zum Anlaß genommen, die Verwaltung der Schöneberger Ortskrankenkasse von neuem anzuklagen. Nichts von alledem ist geschehen, weil die obigen Behauptungen des „Lokalanzeiger" nicht beweisbar sind. Es ist auch geradezu kindisch, anzunehmen, die Aerzte hätten sich dem Verlangen der Kassenverwaltung gefügt und hätten ihre Anstellung vom Steuerzettel abhängig machen lassen. Nach dem jedem Mitgliede eingehändigten gedruckten Aerzteverzeichnis für das Jahr 1914 sind in Schöneberg, Friedenau und im angrenzenden Westen der Stadt Berlin 34 Kassenärzte ansässig, die von der Kassenverwaltung angestellt worden sind. Darunter befinden sich acht Sanitätsräte und ein Professor. Schon hieraus ist ersichtlich, wie wenig reale Unterlagen der neueste Angriff gegen die Schöneberger Ortskrankenkasse hat. Weiter aber ist bemerkenswert, daß über die Anstellung der Aerzte wie über alle wichtigen Beschlüsse stets völlige Einstimmigkeit im Vorstande herrschte. Den Haß weiter Interessentenkreise hat sich der Vorstand der Schöneberger Ortskrankenkasse durch die Ablehnung der freien Aerztewahl, ferner durch die Ablehnung der Gesuche um Befreiung von der Dienstbotenversicherungspflicht und durch die Schaffung einer Kassenklinik für Zahnkranke zugezogen. Die Angriffe scheinen aber auch den Zweck zu haben, die am 7. Februar stattfindenden Ausschußwahlen zu beeinflussen. Diese Maulwurfsarbeit wird hoffentlich erfolglos sein.

Die badischen Handwerker gegen eine Arbeitslosenversicherung. Eine Landesausschußsitzung des Verbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen faßte am Sonntag in Rastatt einstimmig eine Resolution, in der eine Arbeitslosenversicherung, deren Mittel die Arbeitgeber direkt oder indirekt, ganz oder teilweise aufzubringen hätten, entschieden abgelehnt wird. — In derselben Sitzung erhoben die Handwerksmeister Forderungen, die die Allgemeinheit viel stärker zu belasten geeignet wären als eine Arbeitslosenversicherung.

Aus Nah und Fern.

Die geköpften Politiker. In der „Köln. Volksztg." lesen wir: „Wenn die Sonne aufgeht, verschwindet die Dunkelheit." Diesen Leitspruch fand eine Reihe französischer Deputierter und Senatoren auf einem Rundschreiben, das sie zur Unterzeichnung eines Aufrufes für ein Denkmal für Hegesippe Simon, den großen Förderer des demokratischen Gedankens in Frankreich, aufforderte, dessen hundertsten Todestag man in den kommenden Tagen feiere. Der Brief enthielt eine vornehme Andeutung, daß der betreffende Politiker, im Falle er ein paar Worte zum Gedächtnis des großen demokratischen Führers spreche, kaum noch zu einem Beitrag für den Denkmalfonds herangezogen werden könne. Die 24 Politiker, welche die Einladung erhielten, fühlten sich derart geschmeichelt, daß sie umgehend ihre Bereitwilligkeit erklärten, zur Ehre Hegesippe Simons zu reden, von dem einige in ihrem Antwortschreiben in Worten begeisterter Anerkennung sprachen. Sie trafen die notwendigen Vorbereitungen, und einige ließen es durchblicken, daß sie das Verdienst des Organisators der Jahrhundertfeier in dessen Knopfloch anzuerkennen wüßten. Am Donnerstag nun, o Graus, am Vorabend der Feier, für die 24 tiefe Abhandlungen über die Verdienste des mythischen Hegesippe fleißig vorbereitet waren (das Material war gestellt worden), lasen die fünfzehn Senatoren, neun Deputierten und drei Stadträte im „Eclair" eine Lektion über das Thema Eitelkeit, in der mitgeteilt ist, daß es sich um einen Scherz handle. Die Briefe der Politiker würden veröffentlicht werden.

Kinder armer Eltern dürfen nicht zu viel lernen. Unter der Spitzmarke: „Auch ein Kulturdokument", veröffentlicht die „Sächsische Schulzeitung" den nachstehenden Beitrag zu dem Thema „Hebung der Volksbildung".

„Dem Direktor einer Mittelstadt Sachsens wurde von einem Lehrer folgender Brief gebracht, der von einem Inhaber einer bedeutenden Saatenhandlung stammt und ein eigenartiges Lichte auf die Denk- und Anschauungsweise gewisser Kreise wirft.

Der Brief sei hier ohne Kommentar mit all seinen Fehlern wiedergegeben:

. . . . . , am . . Dez. 1913.

Herrn Lehrer XY. in . . . . . .

Die Ueberbringerin dieses, XYZ. (ein zwölfjähriges Mädchen), ist bei mir in Dienst, und es ist mir in letzter Zeit aufgefallen, daß dieselbe neben der vielen Schule und Schularbeiten sogar von Ihnen noch mit Nachsitzen bestraft wird.

Ich bitte Sie, in Zukunft diese Strafe bei der XYZ. zu unterlassen; dieselbe ist bei mir zur Beaufsichtigung eines sechs Monate alten Kindes engagiert und hat dieselbe sofort nach Beendigung ihres planmäßigen Unterrichts ihre

Tätigkeit bei mir zu beginnen, wenn dieselbe ihrer Stellung nicht verlustig gehen will.

Es liegt wohl meines Ermessens nach auch kein Grund Ihrerseits vor, wenn Sie ein Kind, welches nach Ihrem Schulunterrichte noch auf das Brotverdienen angewiesen ist, mit Nachsitzen bestrafen. Die Kinder armer Eltern haben so schon viel zu viel Unterricht, und sollten dieserhalb schon die Herren Lehrer etwas Rücksicht gebrauchen und Strafen, wie Nachsitzen, zumal während deren Arbeitszeit zu unterlassen.

Ich habe die XYZ. beauftragt, Ihnen diesen Brief abzuliefern, damit Sie dieselbe morgen 10 Uhr zu mir an ihre Arbeit gehen lassen. Mit Hochachtung! ABC."

Das ist die durchaus nicht vereinzelt dastehende Auffassung des Spießbürgertums: Kinder armer Eltern lernen zu viel — besonders wenn die Kinderausbeutung dadurch beeinträchtigt wird.

Der Militarismus als Verwüster. Ein mittelfränkisches Bezirksamt forderte kürzlich die Bauern und Anwesenbesitzer im Bezirke auf, sie mögen den Bestand von Nußbäumen schonen und diese schönen Bäume nicht ohne weiteres an die zahlreich herumziehenden Händler oder an sonstige Holzinteressenten veräußern. Diese Aufforderung des fränkischen Bezirksamtes gibt Anlaß zum Nachdenken. Seit einer Reihe von Jahren ist das Nußbaumholz ein sehr gesuchter Artikel. Der Preis für Nußbaumstämme ist enorm gestiegen. In den fränkischen Kreisen, wo früher Nußbäume häufig vorhanden waren, sind diese jetzt zum größten Teil ausgerottet. Agenten von Gewehrfabriken und Holzhändler schwätzen den Bauern und Gemeindeverwaltungen allenthalben die noch vorhandenen Nußbäume ab. Diese schöne Baumart trug früher viel zur Eigenart manch schöner Frankendörfer bei. Viele Einzelhöfe, aber auch Kleinstädte waren einstens mit dieser Baumart reichlich versehen und geschmückt. Jetzt müssen die Behörden eingreifen, um das völlige Verschwinden der Walnußbäume, die außerdem auch durch ihre Früchte sehr nützlich sind, zu verhindern. Ursache dieser kulturwidrigen Erscheinung ist der Militarismus. Abgesehen von Rußland, ist in allen Militärstaaten üblich, die Gewehrschäfte aus Nußbaumholz zu fertigen. Das Holz läßt sich leicht bearbeiten, die Oberfläche kann leicht geglättet und durch Polieren kann das Eindringen von Nässe auf einfache Weise verhindert werden. Das wahnsinnige Rüsten und das ungeheure Anwachsen des Militarismus brachte es mit sich, daß der Verbrauch von Nußbaumholz zu Gewehrschäften enorm gestiegen ist. Außer Frankreich ist in Europa kein Land mehr, das den eigenen Bedarf an Nußbaumholz aus den heimischen Beständen decken kann. Frankreich ist dazu noch in der Lage und kann außerdem noch exportieren. Diese Situation will, nach Blättermeldungen, Frankreich jetzt ausnützen und auf die Ausfuhr von Nußbaumholz einen hohen Zoll legen. Die Zolleinnahmen sollen zur Stärkung des französischen Militarismus dienen und außerdem sollen durch einen Nußbaumholzzoll die französischen Gewehrfabriken gegenüber der ausländischen Konkurrenz in eine günstigere Position gebracht werden. Nachdem es zu spät ist, kommen jetzt in Deutschland Behörden und verlangen bei denselben Bauern, bei denen sie den Hurrapatriotismus schüren, daß sie demselben Militarismus ihre schönen Nußbäume nicht weiter opfern sollen. Die Ausrottung der Nußbäume durch den Militarismus zeigt auch die Inkonsequenz der Regierung, die allenthalben die Bewegung für Heimatschutz protegiert, ihr aber durch Stärkung des Militarismus wieder entgegenarbeitet.

Die Zivilklage gegen Leutnant v. Forstner. Die zivilgerichtliche Klage der Eltern eines jungen Mädchens gegen Leutnant v. Forstner auf Zahlung von 2000 Mark Schadensersatz kommt am 17. Februar vor dem Zaberner Landgericht zur Aburteilung. Wegen Verletzung des § 182 (Verführung Minderjähriger) hat die Militärbehörde die Untersuchung gegen Leutnant Forstner eingeleitet; Untersuchungsrichter ist Kriegsgerichtsrat Osiander, der bekannte Ankläger gegen Oberst Reuter und Leutnant Schadt. Zu dieser Angelegenheit schreibt der „Zaberner Anzeiger": Herr v. Forstner entwickelt sich zu einem wirklichen Sorgenkind seiner hohen Beschützer. Kaum hat man ihn mit Ach und Krach vor den Folgen seiner rohen Tat in Dettweiler geschützt, da kam ein neuer Fall, der mit aller Deutlichkeit zeigt, welche Charaktereigenschaften dieser Angehörige des vornehmsten Berufes besitzt. Putativnotwehr kann man jetzt nicht ins Feld führen; auch aus Furcht, Schrecken oder Bestürzung hat der freiherrliche Leutnant nicht gehandelt, als er unter Androhung von Gewalt das kaum der Schule entwachsene 14½jährige Mädchen verführte. Sein Beginnen war umso frevelhafter, als er in jener Zeit auch nicht unbedenklich erkrankt war und so die Gefahr bestand, das Mädchen nicht nur moralisch, sondern auch körperlich schwer zu schädigen. In derselben Nummer fragt jetzt auch der „Zaberner Anzeiger", weshalb man ihn nicht verklage, da er doch in seiner Nummer 144 behauptet habe, daß Leutnant v. Forstner ein junges Mädchen nach der Wache bringen ließ und dort längere Zeit eingesperrt hielt; ferner, da er in seiner Nummer 5 berichtete, daß erstens Leutnant Schadt in einer öffentlichen Wirtschaft „Vive la France" gerufen habe, und zweitens zur Charakterisierung seiner Stellung zu den Elsässern und zur Bewertung seiner Zeugenaussage über Hauptmann Uhde, jetzt Major, in einem öffentlichen Lokal vor einem größeren Publikum, weil er anwesende Zivilisten „Wackes" titulierte, von diesem geohrfeigt worden sei und sich im Verlauf dieses Vorfalles wenig gentlemanlike benommen hat. Wenn dieses alles wahr ist — und der „Zaberner Anzeiger" will Punkt für Punkt beweisen —, dann erstrahlt der Militarismus von Zabern in noch hellerem Lichte.

Die schwarzen Pocken in Belgrad. Infolge epidemischen Auftretens der schwarzen Blattern in Belgrad hat der Minister des Innern die Impfung der gesamten Stadtbevölkerung angeordnet. Bisher sind 90 Personen erkrankt, von denen 30 gestorben sind.

Schweres Unglück. In Esmoiz im portugiesischen Kreise Ovar brach in einem Saale in dem Augenblick, als man einen Sarg fortschaffen wollte, der Fußboden ein. Dabei stürzten etwa 50 Personen, größtenteils Frauen und Kinder, in das darunter befindliche Stockwerk. Der Sarg und die Personen wurden mit größter Mühe geborgen. Mehrere Personen sind verletzt worden.

Bei der Brandkatastrophe in einem japanischen Kinotheater kamen im ganzen 58 Kinder, 16 Frauen und ein Mann um. Ferner wurden 10 Personen verletzt.

Risiko der Arbeit. Gestern morgen ist auf der im Bau befindlichen Strecke Nizza-Cuneo in einem Tunnel eine Mine zu früh explodiert. Drei Arbeiter kamen dabei ums Leben, zwei wurden schwer verletzt.

Massenmord. Unweit Mekka wurde eine Karawane von zahlreichen bewaffneten Arabern überfallen. 60 Pilger sollen getötet worden sein.

Die Opfer der japanischen Vulkankatastrophe sind nach einer Meldung der Londoner „Times" aus Tokio vom 27. Januar glücklicherweise nicht so zahlreich, als die ersten kolossal übertriebenen Nachrichten vermuten ließen. Die Polizei Kagoschimas stellte fest, daß bei dem kürzlichen Erdbeben und den Vulkanausbrüchen in der Stadt selbst 33 Personen umgekommen sind, während 18 Leute von der Insel Sakuraschima vermißt werden.

Explosion einer Pulverfabrik. Gestern nachmittag ist die zwischen Masone und Mele bei Genua gelegene Pulverfabrik Arezzi in die Luft geflogen. Die Detonation wurde weithin gehört. Aus Voltri, wo die Bevölkerung in große Unruhe geriet, begaben sich die Behörden und Einwohner nach dem Unglücksort, um Hilfe zu bringen. Die Meldungen sprechen von fünf Toten und mehreren Verletzten. Einzelheiten fehlen noch.

Verunglückte Skiläufer. In den letzten Tagen haben sich beim Skilaufen in den süddeutschen Gebirgen drei schwere Unfälle zugetragen. Der Student der Medizin Hans Ehrhardt aus Freiburg ist bei einer Skitour im Feldberggebiet beim Bergabwärtsfahren gegen eine Tanne gefahren, wobei ihm ein Ast in den Unterleib drang. Er starb bald darauf. Ein 18jähriger französischer Skiläufer namens Pierren schlief bei einer Skitour auf die Schlucht in den Vogesen unterwegs ermattet ein und erfror. Bei einer Skitour im württembergischen Allgäu ist der Sohn eines Stuttgarter Arztes in einen Graben geraten und schwer verletzt worden.

Großfeuer im Hafen von Neuyork. Durch eine riesige Feuersbrunst wurde die Werft der Manhasset Company in Long Island größtenteils zerstört. Die gesamte Wehr Neuyorks hatte stundenlang an der Brandstätte zu tun, um des Feuers Herr zu werden. Dreißig nahezu vollendete Motorboote wurden ein Raub der Flammen, darunter eines, das allein einen Wert von 200 000 Mark repräsentiert. Auch der größte Teil der Dockanlagen ist vollkommen vernichtet worden. Der Schaden beläuft sich auf nahezu 3 000 000 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Butt
vom Boot aus (616
am Freitag, dem 30. Januar
vormittags von 8½ Uhr ab an der
Holstenbrücke.

Am Mittwoch morgen 6½ Uhr entschlief sanft nach langen schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater
Johann Brockmöller
im 64. Lebensjahre.
In dieser Trauer
620) **Marie Brockmöller**
geb. Becker und Kinder.
Die Trauerfeier findet am Sonnabend 4½ Uhr in der Vorwerker Friedhofskapelle statt.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Kutscher
J. Brockmüller
verstorben ist. (627
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 31. Januar 1914, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle in Vorwerk statt.
Versammlung des Gefolges um 3½ Uhr bei B. Lindenberg in Kronsforde.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Gesucht zu Ostern ein
Lehrling
für meine Büchsenmacherei, Messerschmiede u. Schleiferei.
Johs. Vittur,
Holstenstr. 13—15.

Zum Termin eine freundliche Wohnung mit Küche und Zubehör für kleine stille Familie. Angebote
Quartiermacher 57, I.

Grammophon
zu kaufen (615 Grüner Weg 19.

Eleg. Damen-Maskenkostüme
billig zu verleihen.

Neue Herren-Masken-Anz. billig zu verl. (617 Wickedestr. 37, part.

Ragoda
tausendfach bewährtes
selbsttätiges Schnell-Waschmittel
Unübertroffen! 1 Pfund nur 55 Pfg.
Sehr viele Anerkennungsschreiben!
173

Sievers
Tanz-Unterricht
„Brauerei Fackenburg"
Am Freitag, dem **30. Januar** beginnt in Fackenbg. abends 9—11 Uhr ein Kursus für Erwachsene. — Wöchentlich 2 Abende. Anmeldungen im Lokal. (458

Hansa-Theater.
Ab 1. Februar:
Kurzes Gastspiel Sylvester Schäffer!
Vorher: (618
Amüsanter erster Varieté-Teil.

Parole:
Auf zur Hansa-Halle!
Am Sonntag, dem 1. Februar:
Große öffentl. Volksmaskerade.
Prinz Karneval im Gala-Gewand, gezogen von einem Araber.
Großer Jubel und Trubel! 623

Verein für Gesundheitspflege u. Naturheilkunde (e. V.)
Freitag, den 30. Januar 1914, abends 8½ Uhr:
General-Versammlung
im Restaurant „Hohenzollern", Hüxstraße 17.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. — 2. Kassenbericht. — 3. Haushaltungsplan 1914. — 4. Vorstandswahlen. — 5. Wahl der Revisoren. — 6. Stiftungsfest. — 7. Innere Vereinsangelegenheiten.
Donnerstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr:
Stiftungs-Fest.
im Konzerthaus „Flora".

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
172) Preise. U. a.:
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28**, Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

626 Billiges Angebot!
Zufall! Zirka **1000** Pfund saure **Kochäpfel**
1 Pfd. 20 ₰, 5 Pfd. 90 ₰, 10 Pfd. nur 1.75 Mk., **Apfelsinen**, sehr süß, Dtzd. 20, 30, 40, 50 ₰ bis 1.— Mk., **Tomaten**, fest, z. Rohessen, 1 Pfd. nur 35 Pfg., für Suppen, weiche, 20 Pfg., groß. Posten **Blumenkohl**, schneeweiß, Kopf 20, 25 und 30 ₰.
Wunderlich, Dirck Nachf.,
Fernruf 831. Fünfhausen 16.
Markthallenstand 204—206.

Arbeiter-Turnverein „Freiheit", Seereß.
Einladung zum
Kostüm-Fest
am Sonntag, d. 1. Februar
im Lokale des Hrn. E. Cordts.
Eintritt 1.— Mk., eine Dame frei.
Hierzu sind die umliegenden Bundesvereine besonders eingeladen.
613) Das Festkomitee.

Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 30. Januar
abends 6½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
Tages-Ordnung:
Soll der Vertrag für die Möbelindustrie gekündigt werden?
619) Die Ortsverwaltung.

Bruchkäse Pfund 20 Pfg.
416) Schlumacherstraße 12.

Damen-Maskenanzug
(Spanierin) zu vermieten.
614) Ravensbusch 67.

Künstlerische Leitung:
Dir. Fritz Hemberger.
Nur noch 2 Tage:
Das mit einem noch nie dagewesenen **Sensationserfolg** aufgenommene
Weltstadt-Programm.
Freitag, den 30. Januar:
Ehrenabend
für den weltberühmt. Bourlesque-Komödianten **Andres Gignac** aus Anlaß seines **10jähr. Wohnsitzes in Lübeck.**
Neue Einlagen! Jubel ohne Ende!
Sonnabend, den 31. Januar:
Große Gala-Abschieds-Vorstellung
mit neuen Einlagen.
Anfang: Wochentags 8¼ Uhr
Sonntags 8 Uhr.
Vorverkauf für die Abendvorstellungen: rechte Seite b. Sager, Kohlmarkt, linke Seite b. Nagel, Am Markt. (602

Neues Stadttheater
Donnerstag, den 29. Januar 1914:
114. Vorst. i. V.-Ab. 18. V. i. Donnt.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Der schwarze Domino.
Oper von A. Auber.
Große Preise.
Freitag, den 30. Januar 1914:
115. Vorst. i. V.-Ab. 19. Vst. i. Freit.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Neuheit! Neuheit!
Die spanische Fliege
Schwank von Arnold und Bach.
622) Mittelpreise.
Sonnabend, den 31. Januar 1914:
116. Vorst. i. Voll-Ab. Kleine Preise.
Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Der Kaufmann von Venedig.
Lustspiel von W. Shakespeare.
Zu dieser Vorstellung haben Schülerkarten Gültigkeit.